

stachlige ARGUMENTE

Zeitschrift des Landesverbandes Berlin / Nr. 181 / März 2011 / 2,10 €



THEMA
**100 JAHRE
FRAUEN**

PARTEILEBEN

RENATE KÜNST - FÜR BERLIN

MENSCHEN UND ZEITEN

VOLKER BECK - ÄGYPTISCHE LEKTIONEN

DEBATTE

FRITZ KUHN - HARTZ IV



TITELTHEMA

- 4 100 Jahre Internationaler Frauentag**
von Ursula Künning, Anja Kofbinger, Sehernaz Jähnel, Christine Wübbena, Sarah Radtke
- 7 Frauen sind keine Zuverdienerinnen: Die Ausbreitung unfreiwilliger Teilzeitarbeit stoppen!**
von Dr. Christel Degen
- 10 Die frauen- und mädchenpolitische Erfolgsgeschichte in Friedrichshain-Kreuzberg**
von Tine Hauser-Jabs
- 12 Neue Rollen braucht das Land**
von Sebastian Walter
- 14 Unsere zentralen Frauenpolitischen Forderung**
Zusammengestellt von Christian_e Seyffer, unter Mitarbeit von Yvonne Weber
- 15 Von der Frauenbewegung zu Queer - eine Übersicht der Begriffe**
von Ursula Künning
- 16 Vom Geschlechterkampf zum Geschlechterdialog**
von Sven Lehmann



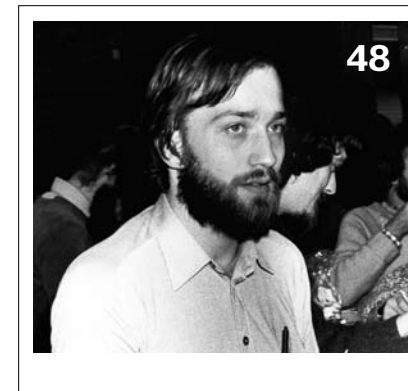
PARTEILEBEN

- 20 Für Berlin: Renate Künast im Gespräch**
von Ronald Wenke
- 22 Aus der Werkstatt zum Programm**
von Stefan Gelbhaar
- 24 Schwarz-Grün in Steglitz-Zehlendorf: Nicht immer leicht, aber produktiv**
von Carsten Berger
- 26 Aufgelistet - Über die Aufstellung Grüner Landeslisten und warum dabei jedes Mitglied wichtig ist**
von Nicole Holtz
- 28 Los geht 's**
von Christine Dörner
- 30 Jeden Tag einen Euro**
von Barbara Fischer
- 30 Von uns - über uns**



DEBATTE

- 36 Der Staat hat sozial zu sein zu sein, Teil II - ein Interview mit Fritz Kuhn**
von Oliver Münchhoff
- 38 Löchrige Inklusion - Die Vielfalt anerkennen und an Berliner Schulen leben**
von Ulrike Bürgel
- 40 Das S-Bahn-Dilemma - ein isoliertes Problem?**
Ein Interview mit Matthias Oomen
von Ulrike Bürgel und Oliver Münchhoff
- 42 Feuerfuchs-Politik**
von Ronald Wenke
- 44 Wie gefährlich sind „Pro Berlin“ und „Die Freiheit“?**
von Daniel Gollasch



MENSCHEN UND ZEITEN

- 45 Ägyptische Lektionen**
Ein Gastkommentar von Volker Beck
- 46 Glück im Unglück**
von Arne Haeger
- 48 Michael Wendt**
Ein Nachruf von Wolfgang Wieland
- 50 Mit der Quote gegen das Dschungelcamp**
von Holger Michel
- 51 Termine**
- 51 Impressum**

Micha Wendt ist verstorben.

Ein Freund und Weggefährte ist von uns gegangen, der als kluger und kritischer Geist von Beginn an für unsere Grund- und Gründungswerte Demokratie und Umweltschutz stand. Seine Mitgliedsnummer 1 hat er als Aufgabe und Berufung begriffen.

Wolfgang Wieland wirft für uns ein Blick auf das bewegte Leben seines Freundes.

angestachelt !

Am 8. März ist es soweit: Der Internationale Frauentag jährt sich zum einhundertsten Mal. Wir konnten eine breite Autor_innengruppe von aktiven Frauenpolitiker_innen für die Realisierung unseres Titelthemas gewinnen. Ein Grund zur Freude ist das Jubiläum aber nicht nur. Dieser Termin veranschaulicht auch, dass das offene politische Ringen um die Gleichstellung der Geschlechter nun einhundert Jahre andauert und bis heute nicht vollständig erreicht ist. Nicht zuletzt das aktuelle Beispiel von Merkels Machtwort zu der Ablehnung der Frauenquote zeigt: Wir haben noch einen langen Weg vor uns - oder wie es die gruene.de -Seite so treffend kolportiert: Eine Chefin reicht doch! Da heißt es nicht nur am 8. März: Protestieren und Einfordern. Die Hälfte der Macht den Frauen - mindestens!

Nicht ganz so lange, aber mindestens genauso vehement wie die Gleichstellung von Frauen wird die gemeinsame (inklusive) Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung gefordert - nicht zuletzt auch von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen. Dies soll durch das Inklusionskonzept des Senats in Berlin umgesetzt werden, auf das Ulrike Bürgel einen Blick wirft.

Unser Parteileben ist derzeit natürlich geprägt von dem Sprung ins Rote Rathaus. Renate Künast erläutert im Gespräch mit Ronald Wenke, warum unsere Stadt eines politischen Wechsels so dringend bedarf. Stefan Gelbhaar lässt den Werkstattprozess noch einmal Revue passieren. Auch diesmal stellen wir wieder einen Kreisverband vor: Carsten Berger wirft einen Blick auf Steglitz-Zehlendorf.

Nichts ist aktuell mehr in der Debatte als der faule Kompromiss um die Hartz-IV Regelsätze. Oliver Münchhoff suchte zum zweiten Mal nach dem Sozialstaat und hat auch diesmal bei der Bundesregierung nichts finden können. Fritz Kuhn erläutert im Gespräch, warum wir Grüne dem Kompromiss nicht zugestimmt haben. Ein Fazit daraus kann vorweg genommen werden: Schwarz-Gelb hat den Geist des Urteiles zu den Regelsätzen offensichtlich nicht verstanden.

Die Entwicklungen in Nordafrika gehen an uns natürlich nicht vorbei. Volker Beck wirft einen Blick auf die bewegten Menschen und Zeiten in Ägypten und fordert, Lehren daraus zu ziehen.

So, und bevor ihr startet mit der Lektüre: Auf jeden Fall einen Termin im Kalender dick grün markieren. Am 8. und 9. April ist Landesmitgliederversammlung im Tempodrom. Alle unsere Mitglieder können dort über unsere Vertreter_innen auf der Landeslisten entscheiden. Kommt zahlreich.

Nun aber viel Spaß bei der Lektüre. Und natürlich freuen wir uns über Leserbriefe - bitte an: stachlige.argumente@gruene-berlin.de

Eure Redaktion

© Titel: Raffiella - photocase / Inhalt: hui-buh - photocase, Oliver Münchhoff, nalliaschwarz - photocase, Johann Müller Gazurek



100 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG

VON Ursula Künning, Anja Kofbinger,
Sehernaz Jähnel, Christine Wübbena
und Sarah Radtke

*"Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen: Sie bekommen nichts!"
(Simone de Beauvoir)*

Frauen in aller Welt begehen im Jahr 2011 zum hundertsten Mal den Internationalen Frauentag. Der Ursprung dieses Tages beruht auf einer Legende. Sie besagt, dass im Jahr 1857 Textilarbeiterinnen in New York gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn streikten und dass dieser Streik blutig niedergeschlagen wurde. Der Erzählung nach gedachten fünfzig Jahre später, am 8. März 1907, New Yorker Sozialistinnen dieses Streiks und begründeten damit den Internationalen Frauentag.

Soweit der Gründungsmythos. Fakt ist, dass 1910 anlässlich der zweiten Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen der Antrag auf einen Frauentag gestellt wurde. Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin und anderen Delegierte wollten damit einen Tag zur Agitation für das Frauenwahlrecht schaffen. Dem Antrag wurde stattgegeben und Clara Zetkin gilt somit als Begründerin des Internationalen Tages der Frauen, der – damals noch am 19. März – 1911 erstmals in Deutschland, Österreich, Dänemark, der Schweiz und den USA stattfand.

Zunächst variierten die Termine, bis schließlich 1917 der 8. März zum festen und verbindlichen Datum erklärt wurde. Der Kampf für das Frauenwahlrecht stand in Deutschland in den ersten Jahren an erster Stelle, bis es 1918 endlich eingeführt wurde. Danach wurde der Tag für andere Forderungen genutzt. Die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Senkung der Lebensmittelpreise waren wichtige Themen. Der Frauentag bezog auch politisch Stellung und wies auf die steigende faschistische Gefahr hin. Am 8. März 1931 lautete die Losung der letzten zentralen Kundgebung: „Gegen Naziterror und Krieg, für Sozialismus und Frieden“. Aufgrund seines sozialistischen Ursprungs konnte der Frauentag unter den Nationalsozialisten nicht mehr stattfinden. In Nazideutschland wurde die Frau zunehmend auf ihre Rolle als Mutter reduziert, die Einführung des Mutterkreuzes und die Erhebung des Muttertags zu einem offiziellen Feiertag waren die Folgen.

© Bettmann / Corbis

Im geteilten Deutschland wurde im Osten wieder an die Tradition des Internationalen Frauentags angeknüpft. Die Betriebe gestalteten den Tag feierlich, Blumen wurden verschenkt und verdiente Frauen geehrt. Im Westen hingegen blieb der Frauentag bedeutungslos. Feiern sowie Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen fanden, von autonomen Frauengruppen organisiert, eher in der Walpurgisnacht vom 30. April zum 1. Mai statt. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands gelangte der Frauentag allmählich wieder ins gesamtdeutsche Bewusstsein. Frauen aus Ost und West fordern an ihm bis heute Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen, Lohngerechtigkeit und echte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

GRÜNES FRAUENPOLITISCHES ENGAGEMENT

Das Jahr 2011 hält neben 100 Jahren Frauentag weitere Jubiläen für Feministinnen – und ein paar verstreute Feministen – bereit: Die Grüne Frauenquote wird 25, das Berliner Landesgleichstellungsgesetz 20 Jahre alt und martialische Naturen können sich über 10 Jahre Frauen in der Bundeswehr freuen. Übertreiben werden sollte es mit dem Feiern allerdings nicht, denn es gibt noch viel zu tun. Vor allem, da von der jetzigen Regierung keine weiteren Impulse für Fortschritt und Geschlechtergerechtigkeit zu erwarten sind.

Wahlrecht für Frauen gibt es inzwischen fast überall auf der Welt, nur Saudi-Arabien, die Komoren und Mikronesien bilden eine traurige Ausnahme. Weltweit liegt der Anteil der Parlamentarierinnen inzwischen bei knapp 19 %, ist damit aber noch weit von den 30 % entfernt, die die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking angepeilt hat. Dass das Ungleichgewicht im deutschen Parlament verkleinert wurde, dazu haben die grünen Männer und Frauen einiges beigetragen, als sie zum 75. Frauentag beschlossen, Frauen und Männern bei der Vergabe der Parteiämter und Mandate gleich zu behandeln. Damit haben sie einen historischen Schritt getan, der nach nur 25 Jahren sogar die CSU erreichte, die es jetzt mal mit 40 % Frauen versuchen wollen.

Der erwähnte zwanzigste Geburtstag des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) ist ein Jubiläum, das uns Berliner Grüne ganz besonders freut. Es war das buchstäblich letzte große gemeinsame Projekt, dass Rot-Grün 1990 noch verabschiedete. Es ist aus heutiger Sicht nicht besonders spektakulär, aber damals war es das erste seiner Art und somit richtungweisend. In den letzten Jahren ist es uns auch aus der Opposition heraus gelungen, das LGG immer wieder auf die parlamentarische Tagesordnung zu setzen und Verbesserungen und Klarstellungen zu erreichen. Wurden früher die begehrten, gut dotierten Vorstandspeditionen in landeseigenen Betrieben gerne unter der Hand an gute Freunde vergeben, müssen sie heute öffentlich ausgeschrieben werden, um nur ein besonders prägnantes Beispiel zu nennen.

Als Clara Zetkin auf die Idee kam, einen weltweiten Tag der Frau auszurufen, lagen die Missstände und Repressalien auf der Hand. Das tun sie heute immer noch. Deshalb möchten wir mit einer besonderen Aktion an Clara Zetkin erinnern. Am 8. März werden wir die Dorotheenstraße in Mitte, in der sich unter anderem das Jakob-Kaiser-Haus und die Büros der Bundestagsabgeordneten befinden, in einem symbolischen Akt in Clara-Zetkin-Straße umbenennen. So hieß sie vor der Wende schon einmal. Allerdings wollte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nicht, dass seine Abgeordneten unter einer solch merkwürdigen Postanschrift residieren und beschloss, der Straße ihren vorsozialistischen Namen zurückzugeben. Der konservative CDU-Politiker Philipp Mißfelder brachte uns letztes Jahr auf die richtige Idee, als er in seiner Rede zum Frauentag Clara Z. ausdrücklich für ihre Verdienste zur Einführung des Frauentags rühmte. An diesem schönen Beispiel sieht man wieder einmal, wie gut die egalitäre Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen schon klappt. Die Männer reden drüber, die Frauen setzen es um.

FRAUENTAG INTERNATIONAL

Der Frauentag wird weltweit unterschiedlich gewürdigt. So treffen sich Frauen in Schweden an diesem Tag zu



Clara Zetkin

einem geselligen Brunch, um die Geschlechtergerechtigkeit zu debattieren, während in Bangladesch und Kolumbien die Frauen auf den Straßen demonstrieren. In Afghanistan hingegen versammeln sich einige wenige in geschlossenen Räumen, um die aktuelle Situation zu besprechen.

Während bei uns in Europa der Fokus auf Lohnungerechtigkeit und Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen liegt, fordern Frauen in Iran ihre Gleich-

berechtigung vor dem Gesetz, kämpfen in Indien gegen die andauernde Unterdrückung von Frauen und Mädchen und machen in Somalia auf die besonderen Gefahren in Kriegsgebieten, wie Vergewaltigung, Verschleppung oder Verstümmelung, aufmerksam. Gleichberechtigung nach unseren Begriffen kennen die Frauen in diesen Ländern nicht. Sie werden wegen ihres Geschlechts massiv diskriminiert und sind täglicher Gewalt ausgesetzt.

In vielen kommunistisch geprägten Ländern wie Russland, Serbien, Vietnam oder Nepal ist dieser Tag sogar ein gesetzlicher Feiertag. Dass aber auch ein gesetzlicher Feiertag nicht vor Menschenrechtsverletzungen schützt, sieht man in Nepal, wo Frauen kaum Rechte zugestanden werden, weder auf privater noch auf politischer Ebene.

In den letzten zwanzig Jahren ist zwar eine Aufbruchstimmung auf internationaler Ebene zu beobachten. Es wird zunehmend darauf geachtet, dass viele Mädchen eine Schulausbildung erhalten. Immer mehr Frauen machen sich dank der Mikrokredite selbstständig oder übernehmen in Wirtschaft und Politik Verantwortung. Viele Länder haben Gesetze beschlossen, die die Gleichheit der Geschlechter fördern, Homosexualität entkriminalisieren und Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form unter Strafe stellen.

Dennoch sind Stereotypisierung und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts weiterhin in allen Kulturen und Gemeinschaften vorhanden. In Ländern wie Nepal, China oder Indien haben Mädchen deutlich schlechtere Lebensbedingungen als Jungen. Sie werden schlechter ernährt, medizinisch kaum versorgt und dürfen oft nicht zur Schule gehen. Eine hohe Sterblichkeitsrate, Mangelernährung und Analphabetismus sind die Folgen. Gewalt gegen Frauen ist in zu vielen Ländern alltäglich. Besonders in Kriegs- und Konfliktsituationen nimmt die sexuelle Gewalt gegen Frauen überhand. Besorgniserregend ist auch, dass weibliche Genitalverstümmelung, Kinderheirat, Zwangsehen sowie der Handel mit jungen Frauen nach wie vor weit verbreitet sind.

ZUKUNFTSVISIONEN

Und in Zukunft? Werden wir im Jahr 2111 das zweihundertste Jubiläum des Internationalen Frauentags begehen? Oder wird es dann keinen Frauentag mehr geben? Wenn ja, wofür werden wir kämpfen und streiten? Werden wir nach wie vor die Quote und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit fordern? Wenn wir auf Deutschland und Berlin blicken, könnte es wirklich so kommen.

Dafür spricht: Laut Grundgesetz sind Männer und Frauen bereits seit 62 Jahren gleichberechtigt. Die deutsche Wirklichkeit sieht nach wie vor anders aus. Obwohl 51 % der Hochschulabsolventen weiblich sind, liegt der Anteil bei den Vorständen bei nur 3,2 %. Das Wörtchen Rabenmutter hat sich noch immer nicht überlebt. Die Journalistin und ehemalige Chefredakteurin der taz, Bascha Mika, veröffentlicht gerade ein Buch mit dem Titel „Die Feigheit der Frauen“, worin sie die Hartnäckigkeit von Rollenbildern mit der „Bequemlichkeit“ von manchen Frauen in Verbindung bringt. Und Angela Merkel sagt Nein zur gesetzlichen Quote für Frauen in Führungspositionen.

Dagegen spricht das positive Beispiel anderer Länder: Norwegen brachte in wenigen Jahren mehr als 800 Frauen in Aufsichtsräte. Frankreich, Spanien, die Niederlande – viele folgen diesem Beispiel. Auch die Deutsche Telekom hat sich vor einem Jahr zur Quote bekannt. Besser noch wäre, wenn wir die Quote nicht mehr bräuchten und Geschlecht keine Rolle mehr spielte. Nicht in Vorständen, nicht in Wirtschaft und Politik und nicht in den Köpfen. Dann würden wir uns in hundert Jahren andere Ziele setzen. Und den Blick über den Tellerrand werfen und die Frauen in jenen Ländern unterstützen, in denen es noch weit schlechter um die Frauenrechte bestellt ist.

Ursula Künning, Anja Kofbinger, Sehernaz Jähnel, Christine Wübbena, Sarah Radtke

FRAUEN SIND KEINE ZUVERDIENERINNEN: DIE AUSBREITUNG UNFREIWILLIGER TEILZEITARBEIT STOPPEN!

von Dr. Christel Degen

In den vergangenen Jahren wurden Niedriglohnstrategien als wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Erfolgsmodell gepriesen. Werbekampagnen für einen Standort mit billigen Arbeitskräften sollten Unternehmen nach Ostdeutschland anlocken, Lohndumping als Standortvorteil war salonfähig. Dabei war Deutschland zuvor lange für eine ausgeglichene Lohnstruktur bekannt, die Einkommensunterschiede waren relativ gering. Während jedoch der Niedriglohnanteil in den meisten EU-15-Ländern stagnierte oder abnahm, stieg er in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre sogar an. Im Jahr 2000 lag der Anteil nach Angaben der Europäischen Kommission erstmals über dem EU-Durchschnitt.

Der Minijob - Motor der Teilzeit

Die Hartz-Reformen haben zu einer weiteren Fragmentierung und Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse geführt. In immer mehr Branchen wie dem Einzelhandel oder der Gebäudereinigung wurden nur noch Teilzeitarbeitsplätze angeboten, häufig auf der Basis von Minijobs. Aber für die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit eine Notlösung. Die Beschäftigten - überwiegend Frauen, aber auch immer mehr Männer - erhalten in der Regel geringere Stundenlöhne als vergleichbare Vollzeitkräfte mit der Folge, dass häufig zusätzlich Lohnersatzleistungen beantragt werden müssen und die Altersarmut bei dieser Gruppe der Beschäftigten vorprogrammiert ist.

Mit der Aufhebung der Begrenzung der Wochenstundenzahl auf 15 Stunden wurde dem Missbrauch von Minijobs vom Gesetzgeber Tür und Tor geöffnet. Mit der Segmentierung von Arbeit und dem Boom der Minijobs wird die betriebliche und gewerkschaftliche Organisations- und Verhandlungsmacht eingeschränkt. Zwar ist die Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz unzulässig. Jedoch gibt es deutliche Hinweise darauf, dass MinijobberInnen in Betrieben häufig niedrige Löhne erhalten als vergleichbare sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies tritt auch in Betrieben mit Tarifbindung auf. So wird eine dauerhafte Existenzsicherung der betroffenen ArbeitnehmerInnen untergraben.

Unfreiwillige Teilzeit - ein strukturpolitisches Problem

Die Fragmentierung von Arbeit ist vor allem in den neuen Bundesländern so weit fortgeschritten, dass große Teile der Arbeitswelt davon bestimmt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts gingen rund 9 Millionen Personen aller abhängig Beschäftigten in ganz Deutschland im Jahr 2009 einer Teilzeitbeschäftigung mit einer Wochenarbeitszeit von maximal 20 Stunden nach. Doch während in den alten Bundesländern „nur“ 15,6 Prozent angeben, unfreiwillig in Teilzeit zu arbeiten, würde in Ostdeutschland jeder zweite Teilzeitbeschäftigte lieber eine Vollzeitbeschäftigung ausüben. Für die große Mehrheit der Betroffenen in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit mittlerweile die einzige berufliche Perspektive, wenn sie nicht in den Westen auswandern wollen. Die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftszentrum Berlin zeigen, dass viele Teilzeitkräfte in Ost und West gern länger arbeiten würden.

Unfreiwillige Teilzeitarbeit muss zurückgedrängt und Mindestlöhne eingeführt werden, um Armutslöhne und spätere Altersarmut zu vermeiden. Minijobs sind häufig parzellierte Vollzeitarbeit und müssen dringend in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden. Als Sofortmaßnahme brauchen wir die Wiedereinführung der zeitlichen Obergrenze von 15 Stunden pro Woche bei Minijobs.

Sinkende Löhne bei sinkender Arbeitszeit

In ganz Deutschland arbeiten vor allem Frauen in Teilzeit. Zweifellos ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen positiv. Aber immer mehr Frauen teilen sich ein immer kleineres Stück vom Kuchen. Seit Jahren sinken die durchschnittliche Arbeitszeit und der Verdienst von Frauen, während sich das Gesamtarbeitsvolumen nicht erhöht. Das liegt vor allem daran, dass hierzulande immer noch sozial- und steuerpolitische Anreize für die traditionelle Arbeitsteilung gesetzt werden. Dabei sieht die gesellschaftliche Realität längst anders aus. Denn die Ernährerehe hat es in Ostdeutschland traditionell nicht gegeben und in Westdeutschland ist sie ein Aus-

laufmodell. Bereits heute leben in Ost und West die meisten Teilzeitbeschäftigten vorwiegend von ihrem Einkommen.

Frauen sind schon lange keine Zuverdienerinnen mehr. Aber in jüngster Zeit haben die politisch beabsichtigte Ausweitung des Niedriglohnsektors sowie massive Reallohnverluste dazu geführt, dass die Bedeutung der Einkommen der Arbeitnehmerinnen für das Haushaltseinkommen in Deutschland zugenommen hat.

Gerade in der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt: Niedriglohnstrategien waren schon im Aufschwung kein Erfolgsmodell

und wurden in der Wirtschaftskrise zur Achillesferse der deutschen Konjunktur. Denn sie entwerten Qualifikationen und dämpfen zudem die Binnenmarktnachfrage. Nicht nur in Ostdeutschland muss künftig nicht mehr auf Billiglohn, sondern auf ein hohes Bildungsniveau und qualitativ hochwertige Arbeit gesetzt werden. Das Thema „Gute Arbeit“ gehört ins Zentrum der Wirtschaftsförderung.

Die Autorin ist als Referatsleiterin für Struktur-Industriepolitik, KMU, Aufbau Ost beim Bundesvorstand des DGB tätig und bei uns in der LAG Wirtschaft aktiv.

Mauerstreifzüge

mit Michael Cramer, MdEP

Auch im 50. Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer lädt die Abgeordnetenhausfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wieder zu den Mauerstreifzügen ein.

Unter der Leitung des Europa-Abgeordneten Michael Cramer können Sie in acht Etappen entlang der ehemaligen Mauer Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren.

Die »Mauerstreifzüge« beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
www.michael-cramer.eu

2011



Berliner Mauerweg

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Juni | Potsdamer Platz (historische Ampel) bis S-Bahnhof Adlershof |
| 18. Juni | S-Bahnhof Adlershof bis S-Bahnhof Lichterfelde Süd |
| 2. Juli | S-Bahnhof Lichterfelde Süd bis Volkspark Potsdam (Tram) |
| 16. Juli | Volkspark Potsdam (Tram »Buga-Park«) bis Bahnhof Staaken |
| 30. Juli | Bahnhof Staaken bis Bahnhof Hennigsdorf |
| 13. August | Bahnhof Hennigsdorf bis S-Bahnhof Hermsdorf |
| 27. August | S-Bahnhof Hermsdorf bis S-Bahnhof Wollankstraße |
| 10. September | S-Bahnhof Wollankstraße bis Potsdamer Platz |



DIE FRAUEN- UND MÄDCHENPOLITISCHE ERFOLGSGESCHICHTE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

von Tine Hauser-Jabs

Bis zum Jahr 2000 war die sportpolitische Welt in Friedrichshain-Kreuzberg noch in der alten Ordnung: Die Sportanlagen waren fest in der Hand der Männer und besonders Fußballspieler. Über Frauenfußball wurde noch nicht viel geredet, auch wenn er immer erfolgreicher wurde. So besetzten insbesondere die Männer die öffentlichen Fußballplätze, als sei dies ein Naturgesetz.

Aber die Frauen wollten nicht mehr am Rande der Plätze stehen, sondern selbst auf die Plätze und in die Hallen wollten und dort aktiv ihren Sport treiben. Und es wurden immer mehr! Doch eine Erhebung über die Nutzung von Bezirkssportanlagen brachte Erschreckendes ans Licht:

Über zwei Drittel der Nutzer waren Männer, nur knapp ein Drittel Frauen. Bei den Jungen und Mädchen waren die Zahlen noch gravierender: ca. 80 % Jungs und nur ca. 20 % Mädchen.

Über Mädchen und Frauen migrantischer Abstammung und ihre Nutzung von Bezirkssanlagen sowie ihre Bedürfnisse an diese war nichts bekannt. Da gab es einen weißen Fleck auf der Karte der sportpolitischen Landschaft und ansonsten vorurteilsbeladene Blockadementalität. In einem Bezirk mit Menschen aus über 180 Herkunftsnationen durften wir Grünen uns die gesammelte bornierte „Sachkenntnis“ der Sportexperten anderer Fraktionen zu Gemüte führen:

„Der Türke will seine Tochter nicht im Sportverein sondern in der Küche haben!“ (CDU), „Warum sollten Frauen und Mädchen anderer Abstammung andere Bedürfnisse an den Sport haben? Schwimmen ist Schwimmen egal wer schwimmt!“ (SPD). Da gab es also viel zu tun.

Wir ließen Frauenprojekten und den Sportvereinen zukommen, dass sich unsere sportpolitischen Kriterien im Bezirk verändern sollen und forderten dass Frauen und Mädchen künftig an öffentlichen Anlagen gemäß ihrem Bevölkerungsanteil teilhaben müssen, dass künftig in den Vereinsgremien

© sirena designs - fotolia

„Eine Idee, die ankommt, ist eine Idee, die gefragt ist“ (Popper)

mehr Frauen sitzen und dass sich die Mitgliedszahlen geschlechtergerecht entwickeln. Die Vereine und Projektfrauen antworteten mit großer Begeisterung und Ernsthaftigkeit für das Thema. Die Frauen in den Vereinen waren im Aufbruch zu neuen sportpolitischen Ufern und teilten unser Anliegen vollkommen. Wir ermittelten gemeinsam Kriterien für die Förderung des Frauen- und Mädchensports: Wir wünschten uns mehr weibliche Vorbilder, ein anderes Bild in der Berichterstattung und eine Kooperation von Vereinen mit Kitas und Schulen. Wir diskutierten neue Zielvereinbarungen mit den Vereinen, die unserem Wunsch nach mehr weiblichen Mitgliedern und Vorständen und anderen Strukturen (Frauenschwimmen!) nachkommen sollten und blieben am „Ball“. Allerdings hatten wir Grünen im Bezirk auch eine Studie vorliegen, deren Ergebnisse uns ermunterte, auch weiter intensiv um den nichtorganisierten Freizeitsport zu kümmern. Dessen Anhänger, vor allem die Frauen, so zeigte die Studie, waren nicht besonders versessen auf Vereinsstrukturen. Sie brauchten zudem oft eine Flexibilität, die nicht mit festen Zeiten in Einklang zu bringen war. Außerdem setzten sie andere Prioritäten:

Nicht siegen, sondern Spaß haben! Nicht Hochleistung, sondern Gesundheitsprävention! Nicht Wettkampf, sondern gemeinsames Erleben! Nicht Vereinshierarchie, sondern basisdemokratische oder eigene Entscheidungen fällen können! Es wird niemanden wundern, dass diese Prioritäten uns Grünen am Herzen liegen. Sie sind wie aus einem grünen Programm entnommen.

Wir legten los und organisierten in guten Diskussionen die Mehrheiten für einen Kurswechsel in der Bezirksverordnetenversammlung. Es folgten Veranstaltungen mit den Zuständigen des Bezirksamts, den aktiven Sportlerinnen und den im Bezirk ansässigen Vereinen, die die Notwendigkeiten für einen Kurswechsel eindringlich untermauerten. Und schließlich wurden wir „Pilotprojekt“ auf Landesebene für Frauen- und Mädchensport. „Leyla rennt!“ ein Mädchensportfest wurde geboren. Wir gaben dem Sportplatz am Anhalter den Namen von Lili Henoch, einer erfolgreichen jüdischen Sportlerin, zehnfachen Weltmeisterin und Turnlehrerin an der jüdischen Schule Rykestraße, die von den Nazis umgebracht wurde. Auf dem Lili Henoch-Sportplatz spielten plötzlich türkische Mädchen (mit und ohne Kopftuch) Fußball! Der in unserem Bezirk ansässige größte europäische

Sportverein für Frauen und Lesben „Seitenwechsel“ fing damit an, in Kooperation mit den Schulen des Bezirks aktive Mädchenarbeit zu leisten. Sie tun dies sehr erfolgreich und mit immerwährendem Enthusiasmus. Das veränderte sportpolitische Klima ist überall zu spüren. Wir freuen uns, dass hier Ideen gedeihen, zum Beispiel Frauenfußballteams aus anderen Kontinenten einzuladen und weltweit einmalige Begegnungen im Frauenfußball zu ermöglichen.

Heute kann sich fast niemand mehr vorstellen, dass es einmal anders war. Inzwischen ist es Usus, das Frauen- und Mädchensport der gleiche Stellenwert zukommt wie dem Sport der Männer. Es bleibt zwar noch einiges zu tun, aber die Wege zum gegenderten Ziel sind geebnet. Nun schauen wir uns die Jungs an!

Was macht Ihr Geld in einem Bio-Laden? Sinn.

Bei der GLS Bank ist Ihr Geld gut angelegt: Es fließt ausschließlich in Vorhaben, die sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind. Als einzige Bank machen wir dabei transparent, wo und was wir finanzieren.

Vom Girokonto bis zur Vermögensanlage – alles über unsere leistungsstarken und sinnstiftenden Angebote unter www.gls.de

Besuchen Sie unseren Stand bei der Landesmitgliederversammlung am 9. April 2011

Jetzt Konto mit Sinn eröffnen: www.gls.de // ☎ 030 - 5 26 88 58 80



GLS Bank
das macht Sinn

NEUE ROLLEN BRAUCHT DAS LAND

Von Sebastian Walter

Jakob Hein, vielen bekannt durch die schlagfertigen Auftritte als Gast der Kurt-Krömer-Show, ist Schriftsteller sowie Oberarzt an der Charité - und seit neuestem auch Deutschlands erster Väterbeauftragter. Eine außergewöhnliche Idee, fand auch der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und zeichnete die Charité für ihre Initiative aus. In seiner ehrenamtlichen Arbeit berät Jakob Hein alle Mitarbeiter, die sich um ihr Kind kümmern und in Elternzeit gehen möchten. Überzeugen muss er oft die Vorgesetzten, die mit Unverständnis auf die Pläne der werdenden Väter reagieren. Am Ende profitieren jedoch alle Seiten: die Charité, weil sie zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Die Kinder. Die Väter. Und natürlich auch: die Mütter.

Ist Jakob Hein ein sogenannter Neuer Mann? Zu ihnen zählt sich mehr als ein Drittel der männlichen Bevölkerung. Sie möchten mit Frauen gleichberechtigte Beziehungen führen. Und sie treten für die gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ein. Zumindest ist das ihre feste Überzeugung. In der Umsetzung - sei es im Alltag oder in konkreten politischen Schritten - hapert es allerdings oftmals. Schuld daran sind dabei auch die gesellschaftlichen Strukturen, etwa wenn es keine Möglichkeit der Teilzeitarbeit gibt.

Bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN gibt es Männer, die daran etwas ändern möchten. Im letzten Jahr haben einige von ihnen das „Grüne Männermanifest“ veröffentlicht. In ihm bezeichnen sie sich als „männliche Feministen“, die den althergebrachten Geschlechterrollen den Kampf ansagen. Dafür haben die Autoren viel Lob, aber auch sehr viel Spott geerntet. Nichtsdestotrotz halten sie an ihrer Überzeugung fest, daß der Alleinernährer der Familie nicht mehr als gesellschaftliches Vorbild taugt.

Das Nachdenken über Geschlechterrollen und -stereotype hat seit langem einen besonderen Ort: den Internationalen Frauentag. Am 8. März jährt er sich zum hundertsten Mal - und es ist noch viel zu tun! Denn Frauen stoßen auf ihrer Karriereleiter noch immer an die „Gläserne Decke“. Und sie verdienen noch immer weniger als ihre Kollegen, selbst bei gleicher Position und Qualifikation. Und das sind natürlich nur zwei bekannte Mißstände von vielen, die wir gemeinsam anpacken müssen. Dabei sind wir der Überzeugung, daß der Kampf für die Rechte von Frauen dazuführt, daß wir insge-

samt eine bessere und gerechtere Gesellschaft schaffen - zum Nutzen aller.

In den nächsten Jahren werden die Grünen die Politik dieser Stadt auf besondere Weise mitbestimmen können. Wir möchten dabei die feministische Vision einer geschlechterdemokratischen Stadt umsetzen. Eine Vision, die von allen Menschen getragen wird, welche Interesse an einer emanzipatorischen Politik für Berlin haben. Von vielen Frauen und vielen „neuen“ Männern wie Jakob Hein. Aber auch von intersexuellen Menschen und Transgendern, die nicht in das überholte Modell der Zweigeschlechtlichkeit passen und unter einer massiven strukturellen wie rechtlichen Diskriminierung zu leiden haben. Denn: Nur gemeinsam kann aus den alten Geschlechterrollen etwas Neues entstehen. Nur gemeinsam kann erfolgreich gegen Sexismus, gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung vorgegangen werden.

Vielleicht wird Jakob Hein dann eines Tages als Väterbeauftragter wieder überflüssig werden. Weil Männlichkeit nicht mehr mit Dauerpräsenz im Beruf gleichgesetzt wird. Und weil bis dahin die „Gläserne Decke“ eingerissen wurde - von Frauen und vielen anderen emanzipierten Menschen.



© Oliver Münchhoff

Argumenten wird zugehört

Präsidium der FrauenVV:
v.l.n.r. Müjgan Percin, Katrin Schmidberger,
Christian_e Seyffert, Sarah Radtke, Sehernaz Jähnel
und nicht im Bild: Daniel Gollasch



DIE STIMMEN DER FRAUEN STÄRKER MACHEN

Von Antje Kapek

Ich mache keine Frauenpolitik - ich bin eine Frau, die Politik macht! Und als solche möchte ich mich mit anderen Frauen über Politik austauschen können. Als Gremium soll dafür die Frauenvollversammlung dienen. Eine Frauenvollversammlung kann zu jedem Thema politisch diskutieren und Beschlüsse fassen. Doch ganz zum Ärger vieler grüner Frauen kommt diese Jahr um Jahr nicht zustande. Denn die Beschlussfähigkeit muss erreicht werden. Dazu bedarf es der Teilnahme von etwa 150 Frauen. Kommen weniger, wird sie automatisch zu einer Frauenkonferenz, die dann aber keine bzw. nur noch symbolische Beschlüsse fällen darf. Erreicht wurde die Beschlussfähigkeit seit Langem nicht mehr. Auf der letzten VV im Dezember 2010 wurde daher über eine grundsätzliche Änderung nachgedacht. Mein Vorschlag: die Einführung einer „Frauen-LDK“. Da alle Gliederungen sowieso quotiert Delegierte wählen, könnten diese im Fall der mangelnden Beschlussfähigkeit einer Frauen-LMV als Frauen-LDKweitertagen.

Die Autorin ist
Fraktionsvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg
mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklungspolitik

UNSERE ZENTRALEN FRAUENPOLITISCHEN FORDERUNGEN

Zusammengestellt von Christian_e Seyffer, unter Mitarbeit von Yvonne Weber

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland für gleichwertige Arbeit 23 Prozent weniger Lohn bekommen als ihre männlichen Kollegen.

Nur eine eigenständige Existenzsicherung schützt Frauen vor finanziellen Notlagen, vor Abhängigkeit vom Partner und vor Altersarmut. Deswegen fordern wir neben gleichem Lohn auch einen individuellen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen.

Wir brauchen ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** mit Personalentwicklungsplänen und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung.

Aufsichtsräte und Vorstandsposten müssen eine verbindliche Frauenquote von mindestens 50 Prozent erfüllen!

Wir wollen dafür sorgen, dass die Instrumente **Gender Mainstreaming und Gender Budgeting** durchgängig und in allen Politikfeldern Anwendung finden.

Wichtig ist ein echtes **Verbandsklagerecht** im Antidiskriminierungsgesetz, damit Frauen ihr Recht nicht allein einklagen müssen.

Frauen in die Politik! Wir setzen uns für unterstützende und gesetzlich verbindliche Maßnahmen zur Förderung der gleichmäßigen Repräsentanz der Geschlechter auf allen politischen Ebenen ein.

Mehr Vorbilder für Mädchen! Geschlechtssensible Angebote und positive Rollenvorbilder sind bereits im Kindergarten notwendig. Wir wollen daher, dass ErzieherInnen und LehrerInnen bereits in der Ausbildung für Geschlechteraspekte sensibilisiert werden.

Work-Life-Balance ermöglichen! Für uns ist eine Tätigkeit mit 60-Stunden-Woche und einem hohen Burnout-Risiko keine erstrebenswerte Lebensgestaltung! Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf in den Mittelpunkt einer neuen Arbeitskultur stellen und flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer anstreben.

Frauenrechte sind Menschenrechte und nicht verhandelbar! Sie gelten für alle: Für alle Geschlechter, für Alte und Junge, für Lesben und Schwule, unabhängig von Gesellschaftsschicht, Religionszugehörigkeit und kulturellem Hintergrund.

Gewalt an Frauen entgegen treten - Opferschutz verbessern! Die Finanzierung von Schutzräumen für Opfer von Gewalt wie Frauenhäusern muss verlässlich sichergestellt werden. Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir einen umfassenden Schutz und ein dauerhaftes Bleiberecht für Zeuginnen und Opfer.

Selbstbestimmung über den eigenen Körper Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die freie Entscheidung einer Frau für oder gegen eine Schwangerschaft. Eine Pflichtberatung lehnen wir ebenso wie die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung von Abbrüchen ab.

Medizinische Forschung und gesundheitliche Versorgung dürfen nicht länger an männlichen Normen ausgerichtet sein, sondern müssen sich stärker an den Bedürfnissen und Problemlagen von Frauen orientieren. Die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung muss auch Lebenspartnerinnen, unverheirateten und alleinstehenden Frauen offen stehen.

Unsere Perspektive ist die Abschaffung von Frauen und Männern als soziostrukturelle Kategorie, unser bescheidenes Ziel der Untergang des Patriarchats.

Die Compiler_in ist Sprecher_in der LAG Frauen- und Geschlechterpolitik

© visty - fotolia

VON DER FRAUENBEWEGUNG ZU QUEER – EINE ÜBERSICHT DER BEGRIFFE

Frauenbewegung wird der Kampf von Frauen für die soziale, politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter genannt. Die Frauenbewegung reicht in das 18. Jahrhundert zurück und wurde von den Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution geprägt. Seit der Einführung des Frauenwahlrechts zielen die Hauptforderungen auf die Überwindung ökonomischer Abhängigkeit und sexueller Repression sowie die Abschaffung des § 218 (Abtreibungsverbot) ab.

Während die **erste Frauenbewegung (1848 bis 1933)** als soziale Bewegung zu betrachten ist, die sich für die Rechte der Frau einsetzte, ist die **neue Frauenbewegung (ab 1968)** mit dem theoretisch-wissenschaftlichen Hintergrund des **Feminismus** als politische Bewegung zu sehen. Das **feministische Konzept** beinhaltet die Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaftsverhältnissen und zielt auf gesellschaftliche Veränderungen ab, die Männer und Frauen gleichermaßen an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt. Als Erbe der feministisch-wissenschaftlichen Analyse sind die **Gender Studies** anzusehen, die einen neuen wissenschaftlichen Zugang zur **Kategorie Geschlecht** eröffnen.

Während **Sex** sich im angloamerikanischen Raum auf das biologische Geschlecht bezieht, unterstreicht **Gender** die soziokulturellen Zuschreibungen, die mit Geschlecht verbunden sind. Diese Zuschreibungen basieren auf historisch gewachsenen Erwartungen und Forderungen, die mit Frau- oder Mannsein verbunden sind. Gender Studies (Geschlechterforschung) als wissenschaftliche Analyse, erforscht Bedeutung von Geschlecht in allen Bereichen der Gesellschaft in verschiedenen historischen, kulturellen oder politischen Kontexten. **Gender Mainstreaming** als „Integration der Geschlechter“ sowie als Strategie zur Erreichung von Chancengleichheit unter den Geschlechtern verortet sich auf einer konkreten politischen Ebene. Europaweit sind nach dem Gender-Mainstreaming-Konzept politische Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken. Teilstrategie dieses Konzept ist **Gender Budgeting** Mit diesem Begriff wird international die geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte bezeichnet. Gender Budgeting zielt auf die Gleichstellung von Frauen und Männern ab. Um **Gleichstellung** zu erreichen, müssen Benachteiligungen (Diskriminierungen) abgebaut werden, gleiche Teilhabe (Partizipation) erreicht sowie die freie, selbstbestimmte Lebensgestaltung beider Geschlechter durchgesetzt werden.

Als Alternative zu Gender Mainstreaming wird vorrangig in der Privatwirtschaft **Managing Diversity** gesehen.

Diversity bezieht die Vielfalt des Menschseins ein und betrachtet das Individuum in seinem jeweiligen Kontext wie zum Beispiel Alter, Ethnie oder sexuelle Identität ohne Hierarchien aufzubauen. Managing Diversity bedeutet, bisher unterrepräsentierte Gruppen in Unternehmen einzubinden. Diese Methode der Unternehmenspolitik wird häufig kritisch gesehen, da sie im Gegensatz zu Gender Mainstreaming nicht als Antidiskriminierungsstrategie eingesetzt wird, sondern als profitorientiert gilt.

Fester Bestandteil des Genderkonzepts ist die **Kritik an der Heteronormativität**, der gesellschaftlichen Norm der Heterosexualität. Das **Queerkonzept** geht mit seinem zentralen Thema der Identität über das Genderkonzept hinaus. Der Begriff **Queer** enthält die Theorie, dass nicht nur die **Kategorie Heterosexualität**, sondern auch die **Kategorie Homosexualität** als künstlich erzeugt gilt. Es geht darum die Normkategorie Heterosexualität als Spitze der Hierarchie abzuschaffen und Kategorien wie lesbisch, schwul, transsexuell, intersexuell usw. als gleichwertig anzuerkennen. Queer war ursprünglich ein abwertender Begriff für Schwule und Lesben und bedeutet in etwa sonderbar oder merkwürdig. Heute bezeichnen sich viele Menschen unterschiedlicher Identitäten wie z.B. Transsexuelle, deren persönliches Empfinden nicht ihrem angeborenen Geschlecht entspricht, oder Intersexuelle, deren Geschlecht nicht eindeutig als männlich oder weiblich identifizierbar ist, voller Selbstbewusstsein als queer.

Ursula Künnig



VOM GESCHLECHTERKAMPF ZUM GESCHLECHTERDIALOG

Von Sven Lehmann

100 Jahre Internationaler Frauentag – was genau haben Männer damit zu tun? Nicht viel, denn die Befreiung der Frauen aus Ungleichbehandlung, Rollenzwängen und Abhängigkeit ist und bleibt ein Verdienst der Frauen. Doch ohne einen Blick auf die Männer wird es auch in Zukunft keine gleichen Rechte und Pflichten und keinen ausreichend sensiblen Blick auf die Dimension Geschlecht in Privatleben, Wirtschaft und Gesundheit geben. Weil das grüne Programm in Sachen Mann zumindest starken Nachholbedarf hatte, haben im letzten Jahr grüne Männer aus der gesamten Bundespartei das Grüne Männermanifest verfasst: eine Streitschrift für eine andere, neue Männlichkeit (www.maennermanifest.de).

Wie ist die Lage? Eine Frau ist Bundeskanzlerin. Frauen machen die besseren Bildungsabschlüsse, können Bischöfin werden, mischen in Rap und Hip-Hop mit und leben gesundheitsbewusster. Frauen haben in den vergangenen 40 Jahren hart an ihrer Emanzipation und ihrem Rollenverständnis gearbeitet. Spätestens jetzt wird es auch für die Männer Zeit für eine neue männliche Selbstdefinition.

Einige der Krise, in denen wir stecken (Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise, Hunger und Ungerechtigkeit), sind Folgen einer maßgeblich „männlichen“ Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise. Aber wollen Männer heute wirklich so leben? Wir brauchen ein männliches Selbstverständnis, das auf echter Wertschöpfung, auf Gemeinwohlorientierung, individueller Freiheit und Entschleunigung basiert. Durch neue Zeitmodelle zum Beispiel in den Unternehmen und Arbeitszeitreduzierung wollen wir es Männern möglich machen, die Hälfte der Verantwortung in der Familie zu übernehmen.

Jungs und junge Männer fallen häufiger aus dem Bildungssystem als Mädchen: Sie brechen die Schule öfter ab, erreichen schlechtere Leistungen und Abschlüsse und sind häufiger schulumüde. Neue Erziehungs- und Bildungsmodelle müssen darauf Antwort geben. Wir brauchen eine Erziehung, die die Stärken von Jungen und Mädchen gleichermaßen wertschätzt und fördert. Was dazugehört, ist vor allem auch ein positives männliches Rollenbild. Immer wichtiger werden Vorbilder aus Sport, Medien, Politik und Kultur, die nicht den Macker spielen, sondern zeigen, dass sich Männlichkeit nicht über Härte definiert.

Auch werden gerade in den klassischen Frauenberufen mehr Männer gebraucht. Wir benötigen mehr Erzieher, mehr Grundschullehrer und mehr Sozialpädagogen. „Boy’s Days“

gehören zu einem geschlechtersensiblen Bildungs- und Berufsberatungsangebot dazu.

Auch Männer haben Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie wollen Kinder, Karriere, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren, moderne Partnerschaftskonzepte durchgängig leben und die Rolle des „neuen Vaters“ tatsächlich einnehmen. Sie wollen am Leben ihrer Kinder aktiv teilnehmen und nicht nur Zaungäste sein. Die Einführung von zwei Partnermonaten im Elterngeld ist sicherlich ein Erfolg. Aber sie können nur ein Einstieg sein. Wir wollen auch hier Gleichberechtigung. Die Aufteilung der Elternzeit muss paritätisch ausfallen. Dies würde nicht nur Männern mehr Verantwortung abverlangen, sondern auch die Unternehmen und Arbeitgeber zum Umdenken zwingen.

Und wir wollen gesunde Männer! Noch immer sterben Männer im Schnitt sechs Jahre früher als Frauen. Schlaganfälle und Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Zeichen chronischer Überlastungen sind die häufigsten Todesursachen. Daher brauchen wir dringend auch einen großen Aufbruch für Männergesundheit mit mehr Konzentration auf die Prävention von Männerkrankheiten. Der Erste Deutsche Männergesundheitsbericht 2010 hat akuten Handlungsbedarf festgestellt.

All dies zeigt: Grüne Politik muss – wenn sie endlich gleiche Rechte und gleiche Chancen zwischen den Geschlechtern durchsetzen will – Männerpolitik als eigenes Politikfeld begreifen. Wir als Autoren des Männermanifestes haben uns daher vorgenommen, in den anstehenden Programmdebatten in der Partei genau diesen Blick zu schärfen. Wie können Männer im Beruf entschleunigen und einen Ausgleich zwischen Beruf, Familie und ehrenamtlicher Arbeit schaffen? Welche Unterstützung brauchen Väter in der Zeitpolitik ihrer Arbeitgeber und durch die Ausgestaltung des Elterngelds, um eine gleichberechtigte Rolle in der Familie wahrzunehmen? Wie können wir mehr Männer für den Kampf um eine bessere Bezahlung von ErzieherInnen und PflegerInnen gewinnen und damit auch mehr Männer für diese Berufe?

Nehmen wir all dies zusammen, können wir neue Perspektiven für Männer im 21. Jahrhundert schaffen. Nicht mehr der Geschlechterkampf, sondern der Geschlechterdialog bringt uns weiter. Schließlich gibt es bei beiden Geschlechtern Protagonisten für Gleichberechtigung und solche, die die alten Rollen reaktivieren wollen. Nehmen wir die Herausforderung an!

Der Verfasser ist Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen NRW

POLITIK IST NICHT NUR SCHEIN



...aber auch. Damit grüne Ideen Wirklichkeit werden können, verdienen sie es, mit Professionalität, Leidenschaft und Engagement den Menschen näher gebracht zu werden.

Gemeinsam haben wir überzeugende Konzepte. Mit Deiner Spende arbeiten wir für grüne Mehrheiten.

Spendenkonto: 79 000 33 76
BLZ: 100 500 00 - Berliner Sparkasse
Kontoinhaber: Bü'90/Die Grünen
Verwendungszweck: „Mehr als Schein“



FÜR BERLIN: RENATE KÜNAST IM GESPRÄCH

„Eine für Alle!“ ist Dein Slogan für die Wahl 2011. Sind die Grünen in Berlin bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen?

Renate Künast:

Ja, genau das drückt sich in „Eine Stadt für alle“ aus. Der grüne Faden durch den Programmwurf ist dieser Gedanke: Berlin kann seine Probleme nur lösen, wenn alle mitmachen. Wir brauchen alle und müssen es auch allen ermöglichen teilzuhaben. Die sozialen und wirtschaftlichen Blockaden sind gewaltig und die enorme Schuldenlast schränkt den politischen Gestaltungsspielraum ein. Ich bin nach vielen Gesprächen mit Berlinerinnen und Berlinern aber überzeugt, da ist mehr drin. In unserer Stadt liegen so viele Potentiale brach, wir wollen diese Schätze heben. Dafür braucht es frischen Mut und echtes Engagement auf allen Seiten: bei Politik, Stadtgesellschaft, Wirtschaft und jedem Einzelnen. Wir wollen einen Aufbruch organisieren, bei dem sich alle einbringen können.

Wie soll dieser Aufbruch aussehen?

Renate Künast:

Wir machen mit unserem Programm ein Angebot an alle. Ausgehend von den Grundwerten Freiheit und Gerechtigkeit – beides bleibt ohne das andere ein leeres Versprechen – wollen wir eine neue politische Kultur in Berlin etablieren. Das bedeutet, dass wir Berlin zur Mitsprachestadt machen, zu einer Stadt, in der nicht übereinander regiert wird, sondern miteinander. Politik muss offen sein für das Wissen und die Ideen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist doch sehr unwahrscheinlich, dass Politiker alles und das auch noch besser wissen. Unser Angebot heißt gemeinsame Ideenentwicklung mit der Bevölkerung, offene Dialogbereitschaft und transparenter Umgang mit Informationen und Entscheidungen.

Was wird konkret anders, wenn Du Regierende Bürgermeisterin bist?

Renate Künast:

Nehmen wir den Schwerpunkt Bildung. Hier zeigt der Senat, wie man es nicht machen sollte. Die Schulreform kann noch

so gut gemeint sein, die Umsetzung ist Mist. Berliner Schulen haben zu wenig Spielraum und werden zu oft gegängelt. Ich möchte Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Schulen nicht allein lassen, sondern alle einbeziehen. Bildungseinrichtungen sollen mehr Freiheit bekommen, dafür aber auch bestimmte Bildungsziele erreichen. Wir brauchen das Engagement von allen – auch das der Schülerinnen und Schüler. Auch sie tragen Verantwortung. Dazu gehören ein vernünftiger Umgangston auf dem Schulhof und im Klassenzimmer und der regelmäßige Schulbesuch.

Aber was kann die Politik tun?

Renate Künast:

Ich sagte ja, Freiheit organisieren. Und gleichzeitig Rahmen abstecken. Die eigenverantwortliche Schule hat ein eigenes Schulbudget für Personal, Projekte und Fortbildung, Eingespartes bleibt. Schulen sollten bestehende Instrumente der Qualitätsprüfung und -sicherung für ihre Weiterentwicklung nutzen und transparent damit umgehen. Eltern und Schülerschaft müssen stärker einbezogen werden. Das ist auch eine Forderung. Viele Eltern sind sehr engagiert, es gibt aber auch Eltern, die nie zum Elternabend kommen. Die Verwaltung muss vom ersten Schultag an Räume, Personal sowie Lehr- und Lernmitteln sicherstellen und die Qualität von Schulen kontrollieren. Das scheint selbstverständlich – ist es aber nicht.

Ein weiterer Schwerpunkt des Programms ist Arbeit. Was ist da von einer Regierenden Bürgermeisterin zu erwarten?

Renate Künast:

Voller Einsatz. Ich habe mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen, die expandieren wollen, denen aber keine passenden Flächen angeboten werden. Unternehmer, die einstellen wollen, aber keine Mitarbeiter finden. Die gehen dann woanders hin. Aber wir brauchen hier dringend Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Die unübersichtliche Organisationsstruktur im gesamten Bereich der Wirtschaftsförderung muss besser organisiert werden, von der Gründung, über die Ansiedlung bis hin zur Bestands-



© Oliver Münchhoff

pflege der Unternehmen. Dazu gehört auch eine proaktive Betreuung der Unternehmen. Und das Bekenntnis: Ja, wir wollen Wirtschaft!

100 000 neue Jobs - wo sollen die entstehen?

Renate Künast:

Wir setzen auf zukunftsfeste Jobs! Wir wollen von der grünen industriellen Revolution profitieren. In den Bereichen Effizienz, Ressourcen, Energie liegen große Chancen für Industrie und Handwerk, eine Verdopplung der bisher 42 000 Jobs in diesem Bereich ist machbar. Aber auch die Gesundheitswirtschaft, die Kreativwirtschaft, Bildung und Betreuung, nachhaltiger Tourismus und der Bereich der neuen Mobilität bieten große Potenziale.

Worin unterscheidet sich grüne Politik von Rot-Rot?

Renate Künast:

Uns geht es nicht um abstrakte Zahlen, sondern um die Lebenswirklichkeit. Eine theoretische 100%-Lehrerausstattung

auf dem Papier darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an Berliner Schulen wochenlangen Stundenausfall gibt. Und ich kann auch nicht erkennen, warum sich die Berlinerinnen und Berliner über steigende Mieten freuen sollen, wie der Nicht-Regierende Bürgermeister es kürzlich vorgemacht hat.

Was hat Grün hier zu bieten?

Renate Künast:

Wir wollen eine Orientierung am Mietspiegel auch bei Neuvermietungen, die Umnutzung von Wohnraum einschränken, und den Anteil landeseigener Wohnungen auf 15 Prozent erhöhen. Uns geht es auch um die Frage, wer in Zukunft noch seine Nebenkosten bezahlen kann. Das dicke Ende kommt noch! Während Rot-Rot das Klimaschutzgesetz versenkt hat, wollen wir das Stufenmodell von IHK, BUND und Mieterbund umsetzen. Energetische Sanierung senkt langfristig die Nebenkosten, die Mehrkosten wollen wir gerecht verteilen und für einkommensschwache Haushalte abfedern. Allein durch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude können jährlich 25 000 neue Jobs geschaffen werden.



© Oliver Münchhoff

Die Flugrouten des Flughafens Schönefelds bewegen viele Betroffene, wo stehen die Grünen?

Renate Künast:

Es ist ein Skandal, dass jahrelang verheimlicht wurde, was jetzt so viele betrifft. Ein Flughafen muss wirtschaftlich sein und wir wollen interkontinentale Flüge. Aber das Recht der betroffenen Menschen in Berlin und Brandenburg auf Schutz vor Fluglärm, Nachtruhe - kurzum Gesundheit und den Werterhalt ihres Eigentums - setzt Grenzen. Es ist Aufgabe der Politik, die wirtschaftlichen Interessen der Stadt, des neuen Flughafens und die Rechte der Betroffenen zum Ausgleich zu bringen.

Warum bist Du die bessere Bürgermeisterin?

Renate Künast:

Weil ich Lust darauf habe, in Berlin mehr zu bewegen. Ich werde systematisch und engagiert an die Probleme gehen und die vielen Schätze heben, die noch vergraben sind. Mein Werkzeugkasten ist gepackt. Mit Ideen und Mut, den es braucht, soziale Blockaden zu lösen. Es gibt keine Wahlschenke, sondern ein Angebot an alle. Eine Stadt für alle!

Vielen Dank für Deine Zeit.

Das Interview führte Ronald Wenke

AUS DER WERKSTATT ZUM PROGRAMM

Im Frühjahr 2010 begannen die Vorbereitungen des umfangreichen Debatten- und Programmprozesses. Das Ziel: Eins für Berlin. Ein Programm, das auf einem breiten innerparteilichen Konsens beruht, und die Zielvorstellungen und Konzepte der Berliner Bündnisgrünen vereint, mit denen wir uns gegenüber den anderen Parteien positionieren werden. Unser Wahlprogramm zeigt aus Gegenwart und Vergangenheit eine Vision für die Zukunft auf.

Der Entwicklung der Programmatik und der Diskussion darüber sollte möglichst breiten Raum gegeben werden. 2010 haben wir genutzt, um allen Gliederungen und auch allen Mitgliedern direkt die Chance zu geben, sich in die Programmdebatte einzubringen und auch mitzugestalten. Zudem galt es, den aktiven Kontakt zur Stadtgesellschaft zu nutzen, um Verbände, Vereine, Gewerkschaften und Organisationen in unseren Diskurs mit einzubeziehen. Aus den Erfahrungen des Programmprozesses 2005/2006 hat der Landesvorstand das Konzept der BerlinWerkstätten entwickelt. Die BerlinWerkstatt ist ein eintägiges, themenspezifisches Diskussionsformat mit ausführlicher Vorbereitung, das ergebnisorientiert nachbereitet wurde und gerade auch der Stadtgesellschaft Möglichkeiten zum Einfluss auf unsere Programmatik eröffnet.

Mit Format - BerlinWerkstätten zeigen wie es geht

Themenbezogen haben wir Bündnisgrüne seit Anfang des Jahres 2010 mit Fachleuten, Parteimitgliedern, Interessierten und Betroffenen diskutiert, gesprochen, analysiert und evaluiert. Im Vorfeld jeder Werkstatt wurden Positionspapiere in Zusammenarbeit mit den Fachleuten aus den Bezirken, der Landesarbeitsgemeinschaften sowie der Fraktion des Abgeordnetenhauses erarbeitet. Mittels einer sogenannten Steuerungsgruppe wurden die Werkstätten vorbereitet. Für einen optimalen Output der Werkstätten gab es sowohl ausführliche Themengruppen als auch kleinere Workshops. Festgehalten wurde alles von ProtokollantInnen, damit auch wirklich nichts für unsere weitere Arbeit am Programm verloren ging. Im Frühjahr ging es los: Mit der Werkstatt Soziales, u. a. mit Prof. Dr. Gerhard Meinlschmidt der Berlin School of Public Health oder auch Oswald Menninger des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Die Werkstatt Wirtschaft folgte mit Lucyna Królikowska, Vorsitzende des polnischen Unter-



Grüne Werkstätten: das Programm wird entworfen

nehmerversands. Die Werkstatt Jugend & Schule fand im Juli mit Christian Füller, Bildungsjournalist der taz, statt. Im Oktober folgte die Werkstatt Umwelt & Mobilität, u. a. mit Dr. Frank Wolter von Be-Mobility. Zum Thema Diversity konnten wir beispielsweise Turgut Hüner vom Türkischen Elternverein und Mengü Özhan vom Landesnetzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund gewinnen. Im Dezember wurden Haushalt & Finanzen mit einem Eingangsreferat von Prof. Dr. Beate Jochimsen besprochen und Heiner Funken vom Bürgerinitiativen-Netzwerk (BIN Berlin) hat Formen der partizipativen Finanzpolitik vertieft. Für die Innen- und Netzpolitik hatten sich u. a. Rebecca Friedmann, Denkzeit e. V., Oberstaatsanwalt Ingo Kühn, Anke Domscheit-Berg vom Gov 2.0 Netzwerk Deutschland e. V. oder Daniel Dietrich, vom Open-data Network e. V., zur Debatte eingefunden.

Unser Programm: Mit der Stadt regieren

Die BerlinWerkstätten fanden regen Zuspruch. Bis zu 100 Mitgliedern debattierten an den einzelnen Tagen. Die Werkstatt als konzentrierter Ort der Debatte und Vertiefung ist ein Format geworden, das unser Bild repräsentiert: Offen für die Stadtgesellschaft, offen für den Diskurs – ein Format, das fortgeführt werden sollte. Das Konzept, unsere Mitglieder und Fachleute aus den Landesarbeitsgemeinschaften, den Bezirken und dem Abgeordnetenhaus und gerade auch den

Wissensschatz unserer Stadt mit einzubeziehen und an dieser Stelle einfach mal genau hinzuhören, das ist ein Konzept, das gelobt wurde und uns auch in Zukunft als die Partei des Mitmachens in der Stadtgesellschaft verankern wird. Gerade von neuen Mitgliedern gab es ein reges und positives Feedback: Die Werkstätten mit ihren offenen, gut vorbereiteten Debatten „machen den Unterschied zu anderen Parteien aus“.

Die BerlinWerkstätten wurden durch Kongresse und Konferenzen begleitet. Los ging es mit der Frauenkonferenz im Februar letzten Jahres. Der Mietenkongress verfolgte offensiv das Ziel, die „Szene“ einzubinden. Mittels eines Call for Papers wurden Fachleute, Betroffene, Verbände und Vereine direkt angesprochen und über den begleitenden Mietenblog in eine neue Plattform (mietenblog.de) eingebunden. Mit dem MigrantInnenkongress wurde dieser Ansatz fortgesetzt: Nicht über, sondern mit den Menschen reden. Der Bezirkkongress im Juni fokussierte die Möglichkeiten politischer Beteiligung ebendort – das geht vom einzelnen Baum an jeder Ecke bis zur Gestaltung ganzer Quartiere. Durch die Klimakonferenz und dem Wissenschaftskongress der Fraktion im Herbst wurden unsere Kernkompetenzen weiter ausgebaut und unser Profil nochmals geschärft.

Von der Debatte zum Programm

Insbesondere auf den Landesdelegiertenkonferenzen im Juni und November wurden die Konzepte, Ideen, Anregungen und Positionen aus den Werkstätten bereits in Beschlüssen „verarbeitet“. Eine Schreibgruppe wurde berufen und mit der Aufgabe betraut, einen bündnisgrünen Programmwurf zu erstellen. In vielen langen Sitzungen und mit Schreibebeit, Gedankenaustausch, Ideen, Korrekturen und Feedback-Runden off- wie online entstand schrittweise ein Entwurf: Unser Programm „Eine Stadt für alle“. Das Programm fordert eine Neue Politische Kultur für unsere Stadt: Transparenz, Öffnung und Beteiligung – wesentliche Stichworte unseres, des grünen Regierungsstils. Ein solidarisches Berlin wird vorangestellt. Die Fragen nach sozialer Stadtentwicklung, nach öffentlicher Daseinsvorsorge, aber auch nach generationengerechten Finanzen sind wesentlicher Bestandteil unseres Verständnisses einer Stadt für alle. In insgesamt zehn Kapiteln wird unser Berlin beschrieben. Was wir konkret anders machen wollen und mit welcher Grundhaltung wir den Problemen begegnen. An den verschiedenen Orten in unserer Partei, an der Basis, steht der Entwurf zur Diskussion. Nach der Landesdelegiertenkonferenz ist es da: Das Programm für gute Arbeit, bessere Bildung und einen starken Klima- und Umweltschutz in Berlin

Stefan Gelbhaar,
Landesvorsitzender

PS: Eine Zusammenfassung der Werkstätten, Kongresse und Konferenzen findet ihr unter www.gruene-berlin.de/berlinwerkstatt

OKTOBERDRUCK
Umwelt. Freundlich. Drucken.

...mit Erfahrung

kundennah,

selbstverwaltet,

umweltfreundlich...



SCHWARZ-GRÜN IN STEGLITZ-ZEHLENDORF: NICHT IMMER LEICHT, ABER PRODUKTIV

von Carsten Berger

Februar 2011. Es ist bezeichnend, welches Bild sich ergibt, als der stark gewachsene grüne Kreisverband Steglitz-Zehlendorf sich zu einer insgesamt sehr sachlichen Nominierungs-Jahresmitgliederversammlung im Haus der Naturfreundejugend trifft. Die Redebeiträge der Kandidaten für Direktmandate im Abgeordnetenhaus sind bewusst knapp getaktet, sachlich. In den Wahlgängen setzen sich die inhaltlich stärkeren Kandidaten durch, die auch Erfahrung vorweisen können: Benedikt Lux, in der laufenden Legislaturperiode bereits rechtspolitischer Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion. Die langjährige Leiterin des Kulturamts des Bezirks, Sabine Weißler. Die Vorsitzende des Umweltausschusses des Abgeordnetenhauses, Felicitas Kubala. Darüber hinaus Mitglieder aus Vorstand und Fraktion des Bezirks. Insgesamt verläuft die Veranstaltung friedlich, große Flügelkämpfe lassen sich nicht registrieren. Es ist weniger die Revolution als vielmehr Detailarbeit, die erwartet wird.

CDU und Grüne - Szenen einer Ehe

Gleiches gilt für die seit 2006 bestehende Zählgemeinschaft von CDU und Grünen: Inhalte zählen, Differenzen werden kontrovers, aber zumeist fair und produktiv diskutiert. Man ist sich einig über den Schwerpunkt Jugend/Schule unter der grünen Stadträtin Anke Otto und fördert diesen auch entsprechend finanziell, diskutiert aber intensiv die unterschiedlichen Vorstellungen der Schulformen. Kind dieser Ehe wird mit der Montessori-Schule bis zum Abitur eine grüne Herzensangelegenheit sein, welches ohne die Zählgemeinschaft sicher nicht entstanden wäre. Kritisch gesehen wird in den Reihen der Grünen vielfach jedoch die Haltung der CDU zu Straßenumbenennungen. Das weitere Vorhandensein der Treitschkestraße ist hier ein Beispiel.

SPD - problematisch im Bezirk wie auf Landesebene

Der theoretisch näherliegende Koalitionspartner SPD hingegen erscheint auf Bezirks- wie auch auf Landesebene zurzeit nicht gut aufgestellt: In Steglitz-Zehlendorf steht der Leiter des sozialdemokratisch geführten Ordnungsamts unter dringendem Verdacht, etwa 300.000 Euro hinterzogen zu haben. Eine entsprechende Kontrolle scheint kaum stattgefunden zu haben. Die BVV-Fraktion der SPD zeigt nur selten frische Ideen, sondern begnügt sich häufig eher mit Angriffen auf die

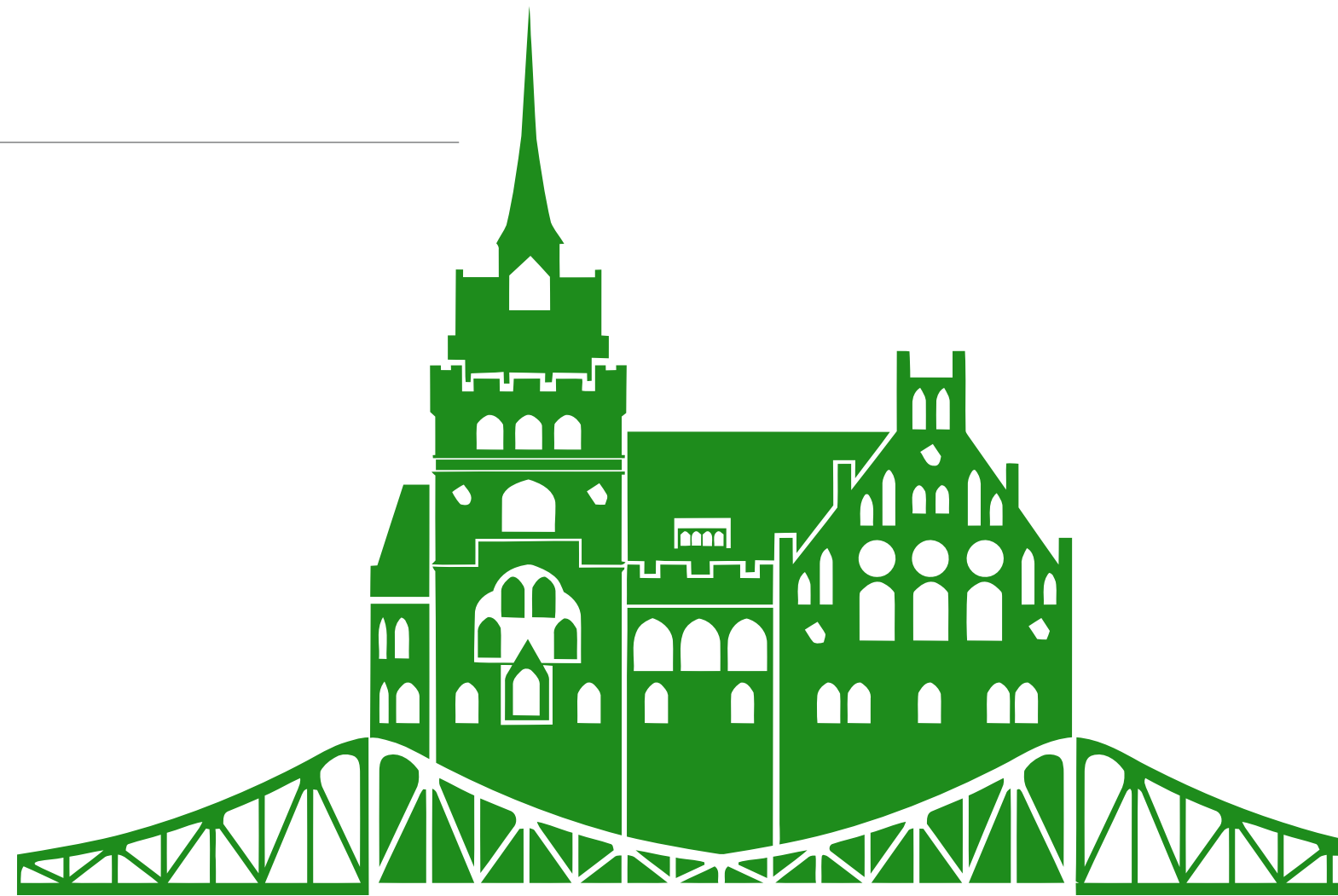
grüne Stadträtin. Auf Landesebene lässt Klaus Wowereit die geheimen Wasserverträge in einer Flucht nach vorn zunächst scheinbar offen legen und muss dennoch am Morgen nach dem Volksentscheid Vertragsmaterial nachliefern. Wann er als Aufsichtsratsmitglied des Flughafens BBI bereits wusste, dass die Flugrouten wie von der Deutschen Flugsicherung lange intern geplant einen anderen Verlauf nehmen würden, ist bisher noch nicht sicher zu sagen. Redlichkeit jedenfalls sieht anders aus. Zu lange nährte auf Landes-, wie aber wohl auch auf unserer Bezirksebene im Berliner Südwesten, die sicher geglaubte Macht der SPD eine Mischung aus Filz und Unaufmerksamkeit im Amt. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Wahlen im September jene grünen Mandatszahlen bringen, die die Umfragen unter Bürgern zurzeit versprechen.

Reges Bürgerinteresse im Bezirk

Überhaupt: die Bürgerbeteiligung! Steglitz-Zehlendorf hat eine rege Beteiligungskultur, die sich in Form der hohen Wahlbeteiligung, Teilnahme an Volksbegehren aber auch an Bürgerinitiativen zeigt. Die Menschen hier sind im Schnitt überdurchschnittlich gebildet, haben eine höhere Kaufkraft - und wissen deutlich, was sie wollen. Dies musste die BVV-Fraktion unlängst feststellen, als sie sich zurückhaltend und differenziert zu einem Supermarkt-Bau-Projekt nahe dem S-Bahnhof Lichterfelde West äußerte: mehr Verkehr durch Einkaufende und Lieferanten einerseits, eine sicherere Verkehrsführung durch Baumaßnahmen mit finanziellen Mitteln des Investors andererseits. Die Bürgermeinung jedoch war klar und einfach: „Kein Supermarkt!“ Sie wird inhaltlich auch von der Fraktion geteilt.

Ein weiteres Beispiel ist die im Bezirk ansässige Initiative gegen Flugrouten des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg International über Berliner Stadtgebiet: Sehr professionell wird hier Öffentlichkeitsarbeit gemacht und sich mit Initiativen aus anderen Bezirken vernetzt, werden eigene Gutachten eingeholt und ganz selbstverständlich Medien wie Facebook genutzt, um zu mobilisieren. Aber auch gegen eine Vereinnahmung des Protests durch die CDU wird sich zur Wehr gesetzt.

Nächster Schauplatz wird mit Sicherheit das ehemals als „Park Range“ bezeichnete Gelände in Lichterfelde Süd sein, wo eine



Bürgerinitiative sich gegen die Pläne eines Investors einsetzt, einen Golfplatz auf einer großen Naturbrache zu errichten und dabei natürlich grüne Unterstützung erfahren wird.

Strategie und Ziele

Die Bürger sind also gut vernetzt, gut informiert und durchaus in der Lage, ihre Meinung kompetent zu artikulieren. Im Prinzip einen idealen Boden für grüne Politik, sind doch Zugang und Transparenz zentrale Werte. Um dies wirklich für alle zu erreichen, ist in Steglitz-Zehlendorf noch einiges zu tun. Auch hier gibt es Lebenswelten wie das salopp nach seinen Straßennamen „Thermometersiedlung“ genannte Wohnquartier nahe der Grenze zu Tempelhof-Schöneberg. Hier leben überdurchschnittlich viele Kinder in Familien, die Hartz IV beziehen, hier müssen Gerechtigkeit und Beteiligung noch härter erkämpft werden.

Großes Bestreben muss es also insgesamt sein, zumindest zweitstärkste Kraft im Bezirk zu werden, damit grüne Ziele aus eigener starker Kraft ungetrübt umgesetzt werden können und reger Beteiligungskultur ein guter Boden gegeben werden kann.

Grünes Wachstum

Und es sieht gut aus, wenn man das Kreisverbandsleben als Indikator nimmt: Anfang 2010 zieht das grüne Kreisverbandsbüro aus den dunklen Kellerräumen in der Holsteinischen Straße in helle, freundliche, ebenerdige Räume mit großem Schaufenster in der Schildhornstraße. Abgelöst wird Klaus-Uwe Benneter (SPD), der vorher das Büro seines Bundestagswahlkampfes hier betrieb und unterlag.

Auch das Ende 2010 gestartete Mentoring-Programm für Interessenten um einen BVV-Listenplatz bei der Wahl im September 2011 traf auf reges Interesse und Teilnahme, ja sogar ein Journalist der FAZ berichtete erstaunlich positiv in seinem Blatt darüber. Weiteres Forum von niedrigschwelliger Einbindung sind die sieben Arbeitsgemeinschaften zu Wirtschaft, Sozialem, Verkehr, Umwelt, Kultur, Partizipation und Schule, die auch in den Programmstellungsprozess des Wahlprogramms eingebunden waren. Und nicht zuletzt die Grüne Jugend, die sich jeden Freitag im Büro in der Schildhornstraße trifft und sich über einen regen Neumitgliederansturm freuen konnte.

Wer diesen Wachstumsprozess unterstützen, begleiten oder auch mitgestalten möchte, wende sich an den Kreisgeschäftsführer, Ronald Wenke, unter (030) 85 07 41 53 oder kreisverband@gruene-suedwest.de



© fotowahn - fotolia

AUFGELISTET – ÜBER DIE AUFSTELLUNG GRÜNER LANDESLISTEN UND WARUM DABEI JEDES MITGLIED WICHTIG IST

Ein Wahlkampf zieht sich über viele Monate hin. Solange man nicht gerade in einem der Wahlkampfteams tätig ist, merkt man lange Zeit manchmal noch gar nicht, dass er bereits in vollem Gange ist. Nämlich dann, wenn noch keine Plakate in den Straßen hängen und die mobilen Wahlkampfstände noch von einer feinen Staubschicht bedeckt im Keller der Kreisgeschäftsstellen stehen.

Doch es gibt zwei Ereignisse, die wohl neben dem Wahlabend selbst als die spannendsten Momente des Wahlkampfs gelten dürften und nach denen allen klar ist, dass der Wahlkampf nun richtig eingeläutet ist: Die Verabschiedung des Wahlprogramms und die Aufstellung der Listen.

Das erste haben wir gerade erst erlebt: Die Verabschiedung des Wahlprogramms auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK). Das zweite steht in Kürze an, genauer am 8. und 9. April im Berliner Tempodrom. Erstellt wird die Liste für die Abgeordnetenhauswahl im Rahmen einer sogenannten Landesmitgliederversammlung, in Kurzform LMV genannt.

Hier darf jedes Berliner Grünen-Mitglied teilnehmen und auch selbst mit darüber abstimmen, wer es auf die begehrten Listenplätze schafft. Denn im Gegensatz zur LDK, auf der nur die gewählten Delegierten stimmberechtigt sind, muss man sich für die LMV nicht vorher von seinem Kreisverband aufstellen lassen.

Laut Satzung ist eine LMV auch dann überhaupt erst beschlussfähig, wenn mindestens 15 Prozent der Mitglieder anwesend sind. Bei mittlerweile knapp 5 000 Berliner Mitgliedern ist das schon eine ordentliche Anzahl, die erreicht werden muss. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sich möglichst viele Mitglieder für die LMV Zeit nehmen.

Berichte darüber erwecken manchmal den Eindruck, dass unsere Listenaufstellung eine geradezu hochwissenschaftliche Angelegenheit wäre, bei der linke Flügel, Realos, Migranten, Queer, Neulinge und Altgediente sich nach einem mysteriösen und komplizierten Schlüssel auf die Liste verteilen und eigentlich nur wenig Spielraum bei der Aufstellung bleibt. Auch wenn es immer wieder zu Überraschungen kommt und die berühmt-berüchtigte Realo-vs.-Links-Debatte tatsächlich manchmal wieder hochkocht, ist vieles davon eher im Reich der Legende zu verorten.

Ein Faktor allerdings ist keinesfalls Legende, sondern elementarer Bestandteil unseres bündnisgrünen Selbstverständnisses: Die Frauenquote. So gehen auch auf der Liste für das Abgeordnetenhaus der erste Platz sowie alle folgenden ungeraden Plätze grundsätzlich an Frauen.

Auch wenn bereits Wochen vorher schon die Spannung steigt, wer denn nun eigentlich kandidiert, und erste Gerüchte die Runde machen, so kann man seine Bewerbung theoretisch noch auf der LMV selbst einreichen. Wenn man allerdings möchte, dass die eigene Bewerbung den Mitgliedern schriftlich vorliegt, sollte man sich etwas früher für die Kandidatur entscheiden und die Bewerbung beim Landesvorstand spätestens drei Wochen vor der LMV schriftlich einreichen. Ansonsten bleiben einem nur die gesetzte Redezeit sowie die Beantwortung von gestellten Fragen, um sich selbst als geeigneten Kandidaten zu präsentieren. Dass diese Fragen natürlich von allen anwesenden Mitgliedern eingereicht werden dürfen, versteht sich dabei wohl fast von selbst.

Nicole Holtz,
Mitglied der Redaktion

LOS GEHT'S

In diesem Jahr stehen in sechs Ländern Landtagswahlen an, in Hessen und Niedersachsen noch zusätzlich Kommunalwahlen. Den Auftakt machte Hamburg am 20 Februar, im März folgen Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Bremen wählt im Mai und das Schlusslicht bildet Berlin am 27. September. Überall werden den Grünen gute bis glänzende Wahlergebnisse vorhergesagt. Angesichts dieser Prognosen sind lokale Ursachen für den Aufwind der Grünen auszuschließen und es ist nicht überraschend, dass über die Grünen als „neue Volkspartei“ (Spiegel, Nr.46/2010) diskutiert wird.

Die Gründe für den Höhenflug der Grünen sind vielfältig:

Da ist zum einen die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gewollt wird. Flankiert von den Vorfällen in Asse und dem Festhalten an Gorleben führt die Atompolitik der Regierung zu einer Renaissance des Widerstandes. Bei den Anti-Atomkraft-Demonstrationen sieht man mittlerweile drei Generationen auf der Straße.

Das umstrittene Bahnprojekt "Stuttgart 21" ist ein Symbol für Gigantonomie und Verschwendung geworden. Die Bürger sehen nicht mehr ein, dass sich Politiker ein Denkmal setzen, ohne die Kosten sowie die Vor- und Nachteile transparent zu machen. Gleichzeitig glaubt man, die knappen Ressourcen könnten an anderer Stelle besser eingesetzt werden. Hinzu kommt das Gefühl, nicht gefragt und beteiligt worden zu sein. Und der Protest kommt nicht von Randgruppen, sondern ist in der Mitte der Gesellschaft verankert.

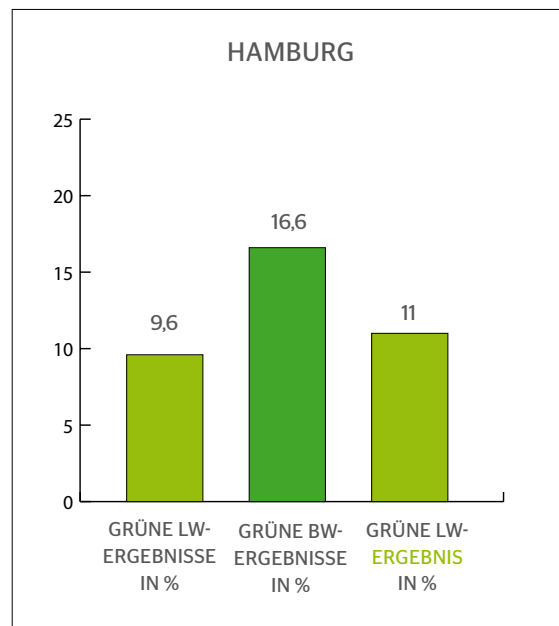
Ein nicht zu unterschätzendes Motiv für die Verdrossenheit in der Bevölkerung ist die grottenschlechte Performance der schwarz-gelben Regierung. Angefangen mit den Steuergeschenken für die Hoteliers, über die Beschimpfung der Armen in der Gesellschaft („spätromische Dekadenz“) bis hin zur ungeliebten Gesundheitsreform – die Bürger haben nicht den Eindruck, gut regiert zu werden. Auch erfreuliche Konjunkturdaten sind keine Hilfe, sie werden einfach nicht als Leistung von Regierungshandeln interpretiert. Schwarz-Gelb verliert mehr und mehr die eigene Klientel.

Weitere Gründe sind die internen Konflikte in der Regierungskoalition, der Niedergang der FDP und die Schwäche der SPD, die immer noch keine klare Linie gefunden hat.

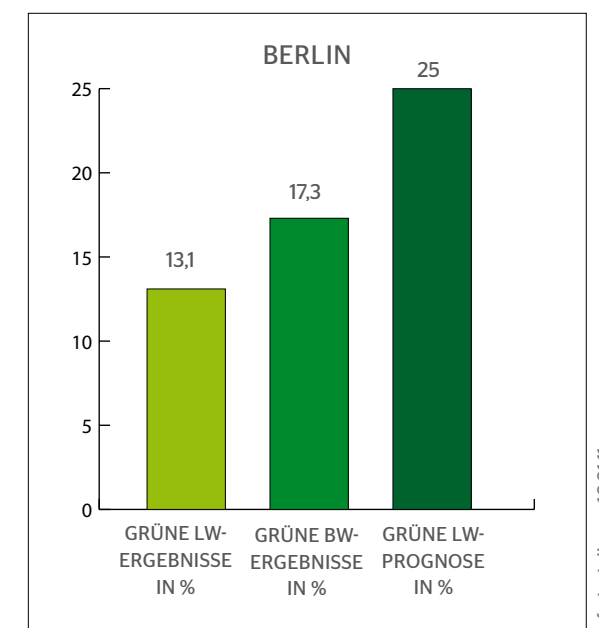
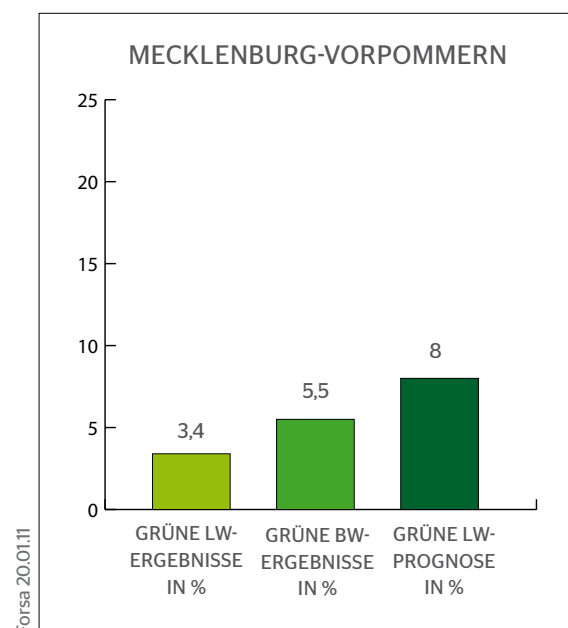
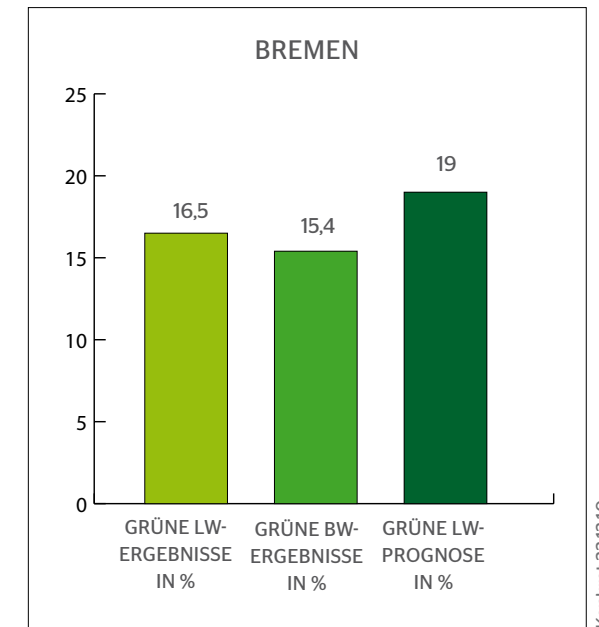
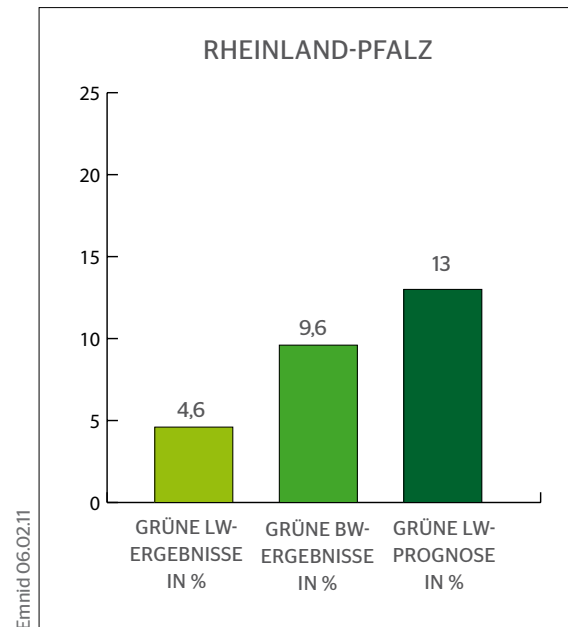
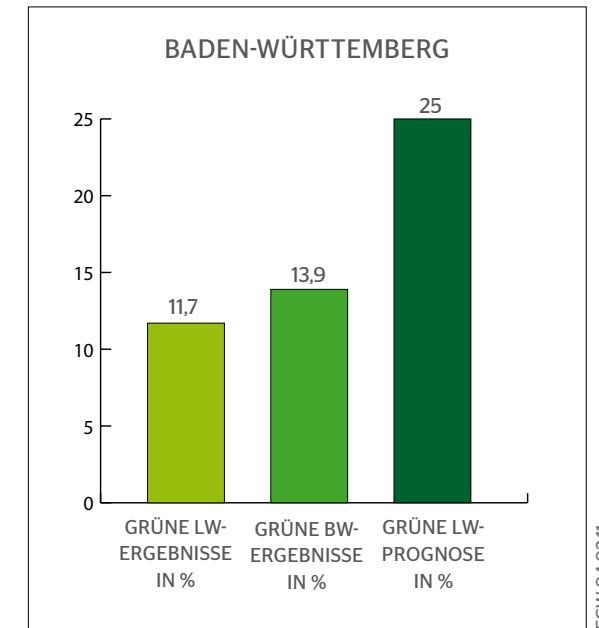
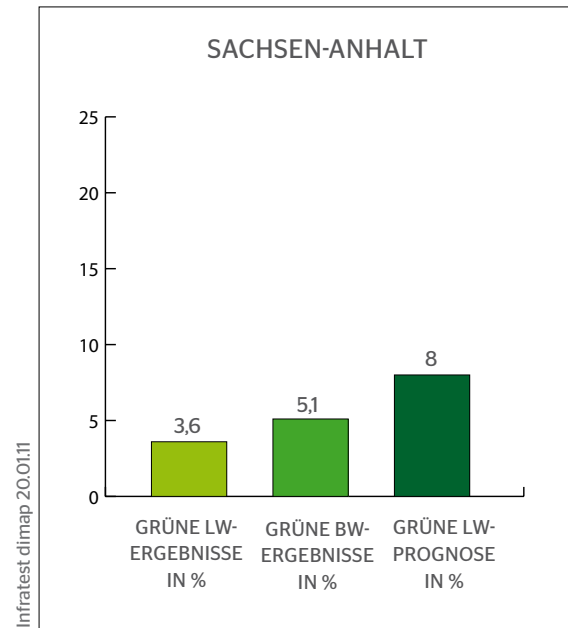
Es ist leicht zu erklären, warum sich die Bürger von der Tigerentenkoalition abwenden und warum die SPD nicht vom Verdross an der jetzigen Regierung profitiert. Schwieriger ist es jedoch, aus den aktuellen Problemen der anderen Parteien den aktuellen Höhenflug der Grünen zu begründen. Vielleicht hat ja Lothar Probst recht, wenn er in der Kommune 6/2010 schreibt: „Die ökologische Modernisierung ist die Voraussetzung und der Schlüssel für ökonomische Innovation und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den globalen Märkten. Insofern treffen die Grünen mit der Trias aus ökologischer Modernisierung, ökonomischer Vernunft und kultureller Liberalität gegenwärtig genau den Nerv der modernen Mitte. Es kann ihnen also letzten Endes egal sein, ob andere diese Verknüpfung unter dem Topos »Wohlfühlthemen« abhandeln. Solange sie die Ambivalenz einer Gesellschaft, die ihr ökologisches Gewissen beruhigen will, ohne ihre ökonomische Potenz und auf individuelle Selbstverwirklichung orientierte Lebensweise aufzugeben, glaubwürdig repräsentieren, wird dieser Vorwurf auch in Zukunft an ihnen abprallen und ihren Höhenflug kaum bremsen.“

Hoffen wir's, auch wenn in Hamburg nicht alle Blütenträume gereift sind.

Christine Dörner,
Mitglied der Redaktion



20. FEBRUAR - HAMBURG - 4 JAHRE (LEGISLATURPERIODE)
 20. MÄRZ - SACHSEN-ANHALT - 5 JAHRE
 27. MÄRZ - BADEN-WÜRTTEMBERG - 5 JAHRE
 27. MÄRZ - RHEINLAND-PFALZ - 5 JAHRE
 22. MAI - BREMEN - 4 JAHRE
 04. SEPTEMBER - MECKLENBURG-VORPOMMERN - 5 JAHRE
 18. SEPTEMBER - BERLIN - 5 JAHRE



JEDEN TAG EIN EURO

ÜBER DIE ENTSTEHUNG EINES FUNDRAISING-INSTRUMENTS

von Barbara Fischer

Abends um acht in der U-Bahn. Ein Handy klingelt. „Einen Moment bitte. Ich war gerade in einem Tunnel und konnte Sie nur schlecht verstehen. Ja schön, dass Sie zurückrufen. Wir möchten einen Spendenflyer für unsre Mitglieder drucken lassen...“ Schöne neue Welt alternativer Lebensformen. Stets online per E-Mail, Internet und Handy am Ball bleiben, um trotz kleiner Etats immer wieder neue innovative Kampagnen entwickeln. Das ist auch grüne Realität in Berlin.

2011 ist Wahljahr in Berlin. Zum ersten Mal gehen Bündnis 90/ Die Grünen mit einer eigenen Kandidatin an den Start. Die Erwartungen sind hoch. Die Rechnung dahinter ist einfach: Wer viele Stimmen haben will, muss viele Wähler motivieren, ihr seine Stimme zu geben. Viel Motivationsarbeit bedeutet viel Wahlkampf, und der kostet natürlich viel Geld. Da die Parteifinanzien unmittelbar von den Wählerstimmen und Mitgliederzahlen abhängen und die Grünen eine kleine Partei sind, müssen sie proportional mehr Geld ihres Haushalts in den Wahlkampf investieren als eine größere Partei, die über die

Jahre mehr Rücklagen dafür bilden konnte. Zum Vergleich: Die SPD hatte 2006 1,4 Mio. Euro für den Wahlkampf und Bündnis 90/Die Grünen knapp 600.000 Euro. Da müssen die Grünen sich ganz schön strecken. Das ist die Stunde der Fundraiser. Erste Laufschriffe im Fundraising haben sie im Bundestagswahlkampf 2009 machen können. Unternehmen und Privatpersonen haben zusammen 50 000 Euro gespendet. Jetzt geht es um viel mehr. Deshalb gilt es diesmal alle Mitglieder möglichst umfassend zu motivieren. Das ist die Herausforderung.

„JEDEN TAG EIN EURO“

„Jeden Tag ein Euro“ ist die grüne Antwort auf Obamas „grass-root funding“ für Berlin. Wenn jedes grüne Parteimitglied bis zur Wahl bereitwillig jeden Tag einen Euro für den Wahlkampf spendet, entspräche das einem Turm von 2 300 Metern oder in Geld ausgedrückt: wir könnten 1 Mio. Euro investieren. Das motiviert. Doch bevor das Geld in der Wahlkampfkasse landet, kommt erst die Arbeit. Im Sommer 2010 gab es erste Ideen zur Strategie der Mittelbeschaffung. Die Spendenakquise bei den Unternehmen wurde personell ausgebaut.

IHR PARTEIMITGLIEDER SEID DIE TREUESTEN SPENDER!

Ganz klar, dass jeder von uns seinen Teil zum Erfolg des Wahlkampfes beitragen möchte. Das war die Prämisse der Berliner Fundraiser. Aus den ersten Ideen und Skizzen entstand ein Auftrag für eine auf Fundraising spezialisierte Agentur. Zur Visualisierung des Wir-Gedankens ging im Januar die Bitte an alle Mitglieder und Facebook Freunde uns ein Porträtfoto zu schicken. Die Fotos finden sich jetzt in dem Flyer und auf der Website, und es werden täglich mehr. Es folgten erste Entwürfe, Abstimmungsrunden und parallel Auftragsverhandlungen mit der Druckerei und dem Lettershop. Letzterer musste 5 000 individualisierte Flyer der Kampagne „Jeden Tag ein Euro“ in die Briefumschläge stecken, frankieren und in die Post geben. Es ist uns geglückt: Für nur 2 Euro Produktions- und Versandkosten liegt die Idee jetzt auf deinem Tisch. Jetzt liegt es an Dir, ob Du Deinen Teil dazu geben magst.

Die Autorin ist Fundraiserin unseres Landesverbandes



LV BERLIN

DANKE IRMA!

Irma Franke-Dressler war von März 2007 bis März 2011 unsere Landesvorsitzende. Bildung, Klima und Umwelt, das waren die Schwerpunkte in Arbeit und Irma wird uns für diese Themen sicher erhalten bleiben. Ihrer politischen Erfahrung hat der Landesverband viel zu verdanken: Die Koordination der Wahlkämpfe 2009, der maßgebliche Anteil an der Wiederbelebung der LAG Umwelt und nicht zuletzt ihr Einsatz bei den nicht immer einfachen Fragen der Schulstrukturreformen und der Inklusion haben uns Impulse geliefert, von denen wir auch zukünftig profitieren werden. In ihrer Zeit verzeichnete die Partei einen stetigen Mitgliederzuwachs in Ost und West. Irma übergibt einen sehr gut aufgestellten Landesverband, der mit den besten Voraussetzungen in das Wahljahr 2011 ziehen kann. Danke Irma für Deine Arbeit." *om*

"Irma Franke Dressler - eine erfahrene Politikerin"



LV BERLIN

MAUERRADTOUR STARTET WIEDER

Michael Cramer entdeckt natürlich auch in diesem Jahr den Mauerradweg wie immer immer wieder neu. In mehreren Etappen über den Sommer verteilt geht es einmal rund um das ehemalige West-Berlin. Immer mit einem Zwischenstopp auf jeder Etappe gibt's viel Wissenswertes zu hören und zu sehen: Von der großen Politik bis zum einzelnen Schicksal - von Kolonnenwegen, verbliebenen Wachtürmen mit einem schönen Abschluss im Spetember am Parlament der Bäume.

Ach so: Die Pankower Radtram fährt natürlich immer, aber der Mauerweg wäre doch zu beanspruchend. Michael, hier mit Renate, wird sicher seinen blauen Drahtesel nutzen, dem man ansieht, dass es schon den gesamten ICT gesehen hat. Was das ist? Michael fragen, am Besten beim Start am Potsdamer Platz. *om*

TERMINE SIEHE SEITE 9

KV NEUKÖLLN

ZUM 3. MAL: ANSCHLAG AUF DIE GESCHÄFTSSTELLE

Kaum hängt das Plakat "Dresden nazifrei" im Fenster mit der Ankündigung eines Vorbereitungstreffens, scheint es mal wieder so weit zu sein: Während einer Vorstandssitzung flog ein Stein in die Scheibe, der Täter konnte unerkannt entkommen. Nicht der erste Vorfall dieser Art in der Berthelsdorfer Strasse 9: Wiederholt wurden schon die Schlösser verklebt und die Scheibe des Ladenlokales eingeworfen mit jeweils erheblichen Sachschaden. Die Grünen Neukölln lassen sich dadurch natürlich nicht einschüchtern: Keine Macht den Nazis! ist die einzig richtige Antwort des KV Neukölln auf diesen Mob, dessen Argumente aus Steinen bestehen. *om*



KV MITTE

MITTE GEGEN RECHTS

Rassismus ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Daher lud das Bündnis „Berlin-Mitte gegen Rechtsextremismus“ in die Beuth-Hochschule, um Gegenstrategien zu diskutieren. Zu Gast waren Bürgermeister Christian Hanke (SPD), Sevim Dağdelen (MdB, Linke) und Rechtsextremismusexperte Daniel Gollasch (Grüne).

Nötig sind neue Formen der Partizipation, die Förderung lokaler Initiativen, Fortbildungsangebote für Lehrer und Sozialarbeiter und keine Schnellschüsse wie vorschnelle Verbotsdebatten. Weitere Runden wie diese, um die Vernetzung der Parteien, Initiativen und Vereine im Bezirk weiter voranzutreiben, sind in Planung. Daniel Gollasch

© Oliver Münchhoff (2), Daniel Gollasch (1)

LAG NETZPOLITIK

LAG NETZPOLITIK BERLIN

Wer kennt sie nicht? Die Stichwörter, die bei Netzpolitikern in den letzten Monaten in aller Munde waren: JMStV und Alterskennzeichnung für Blogs, Warnhinweise und Pirate Bay, Onlinepartizipation und eGovernment.

Aus aktuellem Anlass und aus dem dringenden Wunsch nach Fortentwicklung der Netzpolitik haben Michael Betz und Christine Sobolewski als SprecherInnen die AG Netzpolitik in Gang gebracht. Sie widmet sich in den kommenden Monaten den Fragen rund um die Themen Open Data/OpenGovernment, Open Source, Green IT und wird gemeinsam mit den LAGen Kultur und Medien auch heiße Eisen wie die Kulturflatrate anfassen.

Die SprecherInnen bringen aus ihrem beruflichen Hintergrund verschiedene Perspektiven für die Netzpolitik mit. Michael Betz ist im Onlinemarketing aktiv und Christine Sobolewski betreut die Enquete-Kommission Internet für die grüne Bundestagsfraktion.

Die Mitglieder treffen sich einmal monatlich in der Bundesgeschäftsstelle. Interessierte können über netzpolitik@gruene-berlin.de den Newsletter bestellen und sind herzlich eingeladen, an der AG Netzpolitik mitzuwirken. Eine Anmeldung für die Teilnahme an den AG-Sitzungen ist nicht erforderlich.

DER STAAT HAT SOZIAL ZU SEIN, TEIL II - EIN INTERVIEW MIT FRITZ KUHN

Der Staat hat sozial zu sein - wie es das Sozialstaatsprinzip im Artikel 20 des Grundgesetzes verlangt. Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2010 die Berechnungsgrundlagen der Regelleistungen gemäß dem SGB II - das sogenannte Hartz IV Gesetz - für verfassungswidrig erklärt und der Politik aufgegeben, bis zum 1. Januar 2011 verfassungskonforme Bedingungen herzustellen. Das ist nicht gelungen.

Wie bereits im ersten Teil von "Der Staat hat sozial zu sein" in unserer letzten Ausgabe erläutert, führte das Gericht aus, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum dem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zuzusichern muss, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Dabei versteht das Bundesverfassungsgericht die Teilhabe als einen Gewährleistungsanspruch, dessen Konkretisierung dem Gesetzgeber obliegt.

Der Gesetzesentwurf, den die schwarz-gelbe Regierung hierzu vorlegte, setzte sich nicht durch: Zwar passierte er mit der Regierungsmehrheit den Bundestag, wurde aber im Dezember 2010 im Bundesrat gestoppt. Ein erstes Vermittlungsverfahren endete ebenfalls ohne Konsens und fand keine Mehrheit im Bundesrat.

Ende Februar fand sich nun in einem zweiten Vermittlungsverfahren ein Kompromiss, dem Bündnis 90 / Die Grünen allerdings nicht zugestimmt haben.

Fritz Kuhn, der im Vermittlungsverfahren für uns die Verhandlungen führte, gibt uns Auskunft, warum die Grünen am Ende nicht zugestimmt haben, welche Bedeutung dem Urteil zuzusprechen ist und wie die Eckpfeiler einer grünen Gesamtkonzeption aussehen. Eins wird sehr deutlich: Schwarz-Gelb hat den Geist des Urteils offensichtlich nicht verstanden.

Fritz, das Bundesverfassungsgericht erklärte die Berechnungen der Regelsätze des Arbeitslosengeld II für verfassungswidrig, vor allem, da diese nicht nachvollziehbar sind. Schafft der Kompromiss, der auf der Gesetzesvorlage aus dem Ministerium von der Leyen beruht, ausreichende Transparenz?

Fritz Kuhn:

Wir hatten und haben sowohl bei dem ursprünglich vorgestellten Gesetzesentwurf als auch bei dem Kompromiss, wie er zwischen der CDU/CSU, FDP und SPD jetzt vereinbart wurde, empfindliche verfassungsrechtliche Bedenken.

Zum einen wurde die Vergleichsgruppe, an der der Regelsatz bemessen wird, kleingerechnet. Es sind nicht wie bisher 20% der einkommensarmen Haushalte sondern nur die unteren 15% einbezogen worden. Außerdem wurden Zirkelschlüsse nicht vermieden. **Es kann nicht sein, dass der Regelsatz auch an diejenigen bemessen wird, die ihrerseits unter dem Existenzminimum leben.** Dies war aber das Wesen des Entwurfes, indem er zum Beispiel die in verdeckter Armut Lebenden in den Berechnungsmaßstab einbezog. Mit erheblichen Folgen: Der Regelsatz für ein menschenwürdiges Existenzminimum wird so wie eine Spirale nach unten gezogen. Zum zweiten untergrub der Gesetzesentwurf die Nachvollziehbarkeit der Berechnung im Statistikmodell: Es wurden einfach Einzelposten, ich denke an Mobilität oder auch an Tabak, herausgenommen. Der ausgleichende Charakter der einzelnen Positionen des Statistikmodells wird durch Kombination mit der Warenkorbmethode ausgehebelt - zu Lasten der Betroffenen.

Wir haben in den Verhandlungen wegen dieser Verengung der Vergleichsgruppen und der Mischung der Modelle nachdrücklich eine Korrektur eingefordert. Da die Regierung hier an keiner Stelle kompromissbereit war, mussten wir das Gesetz ablehnen.

Bisher wurden die Regelsätze für Kinder und Heranwachsende prozentual von den Regelsätzen für Erwachsene abgeleitet. Man hat gehofft, dass mit der notwendigen Neuberechnung diese Sätze steigen würden. Nach dem Vorschlag der Bundesregierung gibt es keine Änderung.

Fritz Kuhn:

Sie haben sogar ausgerechnet, dass diese Sätze eigentlich um ein paar Euro sinken müssten. Aber sie haben sich wohl nicht getraut, es umzusetzen. Das hätte natürlich die entsprechenden Schlagzeilen gegeben. Ich bin während der ganzen Verhandlungen von dem Gefühl nicht los gekommen, dass einfach Folgendes gemacht wurde: **Schäuble hat ihnen gesagt, wie viel Geld im Topf ist und sie haben dann an den Regelsätzen so lange herumgeschraubt, bis die entsprechen-**



Kämpferisch gegen Schwarz-Gelb: Renate Künast und Fritz Kuhn auf einer Anti-Atom Demo

de Zahl herauskam. Sonst wäre man wohl auch nicht auf die Idee gekommen, bei der Vergleichsgruppe einfach von 20 auf 15% herunterzugehen, was eine Senkung der Regelsätze insgesamt zur Folge hat.

Es zeigte die Absurdität des Verfahrens: Die Sätze sind eben nicht nach objektiven Kriterien erstellt worden, sondern nach Kassenlage und politischer Opportunität.

Das Verfassungsgericht hat die Vorgabe gesetzt, es sind zusätzliche Leistungen insbesondere im Bildungsbereich einzuführen. Die finden sich nicht im Regelsatz wieder?

Fritz Kuhn:

Das Verfassungsgericht hat gesagt, es müsse zusätzliche Möglichkeiten für Kinder im Bereich der Bildung geben - und

zwar Bildung verstanden als Integration durch Bildung. Es hat nicht vorgegeben, wie dies geschehen soll. Regelsatzerhöhungen wären der eine Weg, der andere ist durch Sachleistungen, etwa mit Kursangeboten, die bezahlt werden. Letzteren Weg ging von der Leyen - und zwar über Gutscheine und Chipkarten. Und das verbunden mit dem bürokratischem Irrwitz, dass die Jobcenter die Bildungsleistungen anbieten sollten. Das haben wir erfolgreich wegverhandelt. Wir wollen, dass die Verantwortung bei den Gemeinden liegt. Denn eines ist für uns klar: Die Unterstützungen muss dort angesiedelt werden, wo die Kinder auch hinkommen und nicht wo die Eltern zu einer Behörde gehen müssen, die sie zudem häufig noch als Strafbehörde empfinden. In dieser Atmosphäre kann man nicht offen sein für eine Diskussion, was Kinder zusätzlich auf einer Bildungsschiene benötigen.

Da stellt sich die Frage der Finanzierung. In den Kommunen befürchtet man, mit zusätzlichen Lasten konfrontiert zu werden. Wie sollen die Leistungen konkret aussehen und wie soll die Finanzierung erfolgen?

Fritz Kuhn:

Es soll unter anderem das Schulstarterpaket in Höhe von 100 Euro pro Jahr geben, zehn Euro pro Monat für Vereinsmitgliedschaften oder Musikunterricht und einen Zuschuss zum Mittagessen.

Das hat natürlich Pferdefüße, wie sich etwa an dem Mittagessenzuschuss zeigt: Im Bundesdurchschnitt haben nur etwa ein Drittel der Schulen und Kitas überhaupt eine Essensversorgung. Das heißt, es gibt zwar einen Rechtsanspruch, der kann aber mangels Einrichtung gar nicht umgesetzt werden. Und deswegen sagten wir auch: Die Gemeinden müssen diese Kosten spitz abrechnen können. Denn nur mit der Erstattung der tatsächlichen Kosten und nicht irgendeiner fiktiven Pauschale besteht auch der Anreiz für die Kommunen, die Lage zu verbessern, etwa durch die Errichtung weiterer Kantinen. Das werden sie aber nur tun, wenn sie auch wissen, dass sie nicht auf dem Mittagessen sitzen bleiben.

Wer profitiert eigentlich von dem Bildungspaket, welches ja auch die von Dir schon angesprochenen Unterstützungen für Kurse umfasst?

Fritz Kuhn:

Unser Ziel war es, dass neben den Kindern, die den Regelsatz bekommen, auch diejenigen Familien berücksichtigt werden, die Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten. Wir wollten nicht, dass diese außen vor stehen, denn sie haben natürlich auch nur sehr knappe Mittel. Zudem wollten wir hinein verhandeln, dass es zusätzlich Sozialarbeiter an den Schulen gibt. Denn es ist entscheidend, dass das Paket auch zielgenau bei den Kindern ankommt. Ein Sachbearbeiter im Arbeitsamt kann eben nicht so richtig sagen, ob das Kind nun an diesen oder jenen Kurs teilnehmen sollte. Diese Veränderungen sind in das neue Gesetz aufgenommen worden.

Warum habt ihr Euch den Verhandlungen letztlich doch zurückgezogen?

Fritz Kuhn:

Es war eine Abwägung: Sollen wir einen nach unserer Überzeugung verfassungswidrigen Gesetzesvorschlag passieren lassen, nur um einem möglichen Blockade-Vorwurf zu entgehen? Das ist mit uns nicht zu machen. Aus der Komplexität der Materie darf nicht folgen, dass wir falsche Sachen machen. Wir haben hier gerade auch aus unserer rot-grünen Regierungszeit eine besondere Verantwortung.

Mit Rückendeckung der Fraktion und der grünen beteiligten Länder habe ich von Anfang an gesagt: Wir wollen in drei Bereichen etwas erreichen: Bei den Regelsätzen, bei den Kindern und beim Mindestlohn. **Die Regierung wollte die Bereiche gegeneinander ausspielen nach dem Motto: „Bist du für die Hartz-IV Empfänger oder bist Du für die Kommunen?“**

Den Gemeinden haben sie ja die Übernahme der Kosten der Altersgrundsicherung angeboten. Das ist eine Fragestellung, die wir zurückgewiesen haben – wir wollen das Und, auf das Oder haben wir uns nicht eingelassen. Wir sind für die Hartz-IV Empfänger und für die Kommunen. Im übrigen meine ich, dass die Altersgrundsicherung nach der Verfassungssystematik sowieso dem Bund zugeordnet werden sollte.

Warum ist die Forderung nach Mindestlöhnen eigentlich Gegenstand der Verhandlungen geworden?

Fritz Kuhn:

Das Verfassungsgericht sagt, das Existenzminimum muss eigenständig gewährleistet sein, ohne dass durch ein Lohnabstandsgebot die Regelsätze nach unten gedrückt werden. Das heißt, eine existenzsichernde Grundsicherung kann nicht in Relation gesetzt werden. **Der Urteilspruch ist unter diesem Gesichtspunkt revolutionär: Denn er begründet den Sozialstaat zurecht allein aus der Würde des Menschen heraus und nicht als Derivat anderer Rechnungspositionen.** Und das Problem ist dann natürlich, solange Du so viele Schmutzlöhne hast oder prekäre Beschäftigungen kann ein Lohnabstandsgebot nie gewährleistet sein. Dieses Gebot, das ja eigentlich die vernünftige Begründung in sich trägt, dass der, der arbeitet, mehr Geld bekommt, ist nur zu realisieren, wenn es Mindestlöhne gibt. Wir wissen selbstverständlich, dass im Vermittlungsausschuss ein Kompromissverfahren stattfindet – einen flächendeckenden Mindestlohn werden wir derzeit nicht durchbekommen. Deshalb hatten wir uns auf die Leiharbeit und einige Frage der Mindestlohnfindung konzentriert.

Gerade beim Equal Pay im Bereich der Leiharbeit sind viele unterschiedliche Zahlen durch die Presse gewandert, 9 Monate, 5 Monate...

Fritz Kuhn:

Also Equal Pay heißt nach unserer Konstruktion: Vom ersten Tag an die gleichen Löhne für Leiharbeiter wie für dauerhaft Beschäftigte. Leiharbeit ist ja eingeführt worden mit dem Argument, die Wirtschaft brauche in der Krise einen Puffer. Das ist nicht gänzlich falsch, aber es hat sich gezeigt: Die Wirtschaft hat das Instrument der Leiharbeit missbraucht. Die Leiharbeit wird zur Regel und nicht nur zur Überbrückung unsicherer Zeiten. Das wirkt dann auch als Druck auf die Stammbeslegschaft und nicht zuletzt auf die Tarifverhandlungen.

Stellt sich nach dem Urteil nicht ganz allgemein die Frage danach, wie mit Arbeitssuchenden und Transferleistungen von staatlicher Seite aus umzugehen ist?

Fritz Kuhn:

Wenn wir Grünen 2013 wieder regieren sollten, muss man sich den gesamten Komplex der Hartz-Gesetzgebung anschauen. Es war richtig, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen. Bei dem Satz "Fördern und Fordern" hat das sanktionsbewehrte Fordern zu sehr überhand genommen. Das Fördern aber findet nicht richtig statt. **Das Verfassungsgerichtsurteil bedeutet, dass die menschenwürdige Existenzsicherung Grundrechtscharakter annimmt.** Abgeleitet aus dem Sozialstaatsprinzip und der Menschenwürde. Was soll da die Verknüpfung mit Sanktionen? Entscheidend wird sein, dass es eine individualisierte Unterstützung der Arbeitssuchenden gibt. Das ist unsere Aufgabenstellung, die äußerst schwierig zu bewerkstelligen sein wird. Sanktionen helfen da nicht weiter.

Neben der Frage nach Beschäftigung: Mit welchem Verständnis sollte unsere Gesellschaft mit dem Thema Armut umgehen?

Fritz Kuhn:

Armut kann man von zwei Seiten aus sehen: Man kann behaupten, Armut ist etwas, da sind die Armen selbst daran schuld – das scheint die FDP-Grundhaltung zu sein. Oder Du kannst sagen: Armut ist ein Problem nicht nur der Armen, sondern der Mehrheitsgesellschaft, ob und wie sie diese zu-

lässt und akzeptiert. Und Armut ist ein Problem, das uns alle angeht. Ich meine das nicht im christlichen Sinne, sondern in einem tiefen Sinn von Menschenwürde und in der Interpretation unseres Grundgesetzes. Wir können nicht sagen: Wir interessieren uns jetzt mal für Beschäftigung und nicht für die Armut in der Gesellschaft. Unser Sozialstaat, als Ausfluss der Menschenwürde und des Sozialstaatsgebotes, gewährt einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Diesen Satz müssen wir Grüne wiederholen, bis jeder verstanden und gehört hat, dass an dieser Stelle nichts zu verhandeln ist.

Da werden sicherlich viele die Frage stellen: Haben wir dafür nicht zu wenig Geld?

Fritz Kuhn:

Natürlich müssen wir mit dem Geld ordentlich wirtschaften, das sage ich gerade als Wirtschaftspolitiker. Daraus folgen drei Punkte: **Erstens sparsam haushalten, zum zweiten muss man natürlich schauen, dass die Wirtschaft gut läuft. Und drittens muss man fragen, ob das vorhandene Geld bei uns richtig verteilt ist.** Und hier ist nicht eine Frage entscheidend, sondern in einer grünen Gesamtkonzeption müssen alle drei Fragen berücksichtigt werden, ohne sie gegeneinander auszuspielen. Und alle drei Fragen haben eine Bedeutung dafür, dass wir das Sozialstaatsgebot in vernünftiger Weise erfüllen können. Für dieses Gebot ist dem Gericht ein historisches Urteil gelungen, dem man mit einem großen Wurf begegnen muss und nicht mit einem Klein-Klein nach Kassenlage, wie es derzeit die Regierung immer wieder versucht.

Fritz, die Frage muss sein: Deine Prognose für die Wahlen in Baden-Württemberg?

Fritz Kuhn (mit einem Lächeln):

Na, wir wollen hoffen, dass wir in die Regierung kommen, eine Grün-Rote. Die Reihenfolge ist wichtig.

Vielen Dank für Deine Zeit und Euch viel Erfolg im Ländle.

Das Gespräch führte Oliver Münchhof

LÖCHRIGE INKLUSION - DIE VIELFALT ANERKENNEN UND AN BERLINER SCHULEN LEBEN

Alle Kinder haben das Recht auf inklusive Bildung. So steht es im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das seit 2009 in Deutschland in Kraft ist. Sie fordert von den Vertragsstaaten die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems. Inklusion im Sinne des Übereinkommens zielt auf die Anerkennung der Vielfalt und auf einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ab.

Dieser Ansatz geht über die bisher stattfindende Integration hinaus. Bei der Integration werden über diagnostische Verfahren Störungen als abweichend von der Norm identifiziert und Kinder mit Behinderung erst ausgegrenzt, um sie dann wieder in das Schulsystem einzugliedern.

In einem inklusiven Schulsystem werden Kinder zieldifferent unterrichtet und erhalten die Förderung, die sie brauchen. Damit wird eine Chancengleichheit hergestellt, die Kindern alle Wege in die Zukunft eröffnet und nicht einen Weg von Anbeginn vorbestimmt. Inklusion ist vor allem für jene Regionen von großer Bedeutung, in denen Kinder durch ihre Lebensverhältnisse ohnehin schon benachteiligt sind.

Ein inklusives Schulsystem verhindert Stigmatisierungen

Die bisherigen Schulversuche mit jahrgangsübergreifenden Schulklassen bilanziert der Senat positiv: „Die Jahrgangsmischung fördert ein Klassenklima, in dem unterschiedliche Kompetenzen der einzelnen Schüler/innen mit größerer Selbstverständlichkeit akzeptiert und zum Ausgangspunkt von Lernarrangements gemacht werden, die von den Stärken des einzelnen Kindes ausgehen. Teilhabe, Individualisierung und Öffnung von Unterricht werden häufiger praktiziert.“

Unverständlich bleibt vor diesem Hintergrund, warum Förderzentren für einige wenige Schwerstmehrfachbehinderten bestehen bleiben sollen, damit, wie es im Inklusionskonzept heißt, das Elternwahlrecht weiterhin bestehen bleiben kann. Damit werden weiterhin Einzelne von einem vermeintlich inklusiven Schulsystem ausgeschlossen und Parallelstrukturen bleiben bestehen. In einem inklusiven Bildungssystem wird es kein Elternwahlrecht für die Schulpflicht mehr nötig sein.

Das Ziel einer inklusiven Bildungspolitik ist die konsequente Abschaffung der Berliner Förderzentren. Denn damit wird es keine Generation junger Menschen mehr geben, die aus Scham und Angst vor Stigmatisierung ihren schulischen Werdegang vor Freunden oder Arbeitskollegen verschweigt.

Es braucht einen Umbau des Schulsystems, bei dem Förderzentren zu Regelschulen umgebildet werden, wenn diese baulich oder akustisch mit besseren Voraussetzungen ausgestattet sind als eine Regelschule im gleichen Bezirk. In den Förderzentren, die zu umfassenden Kompetenzzentren entwickelt werden, darf es keine eigenen Lernklassen oder -gruppen geben, da sonst die Sonderwelt durch die Hintertür erhalten bleibt. Und die Kompetenzen der Sonderpädagoginnen und -pädagogen in den Förderzentren werden an den Regelschulen gebraucht.

Inklusive Schulen in den Bezirken – ein Plan mit Löchern

Der Berliner Senat hat mit einem kürzlich vorgestellten Inklusionskonzept seinen Weg in ein inklusives Schulsystem beschrieben. Darin will er eine inklusive Grund- und weiterführende Schule pro Bezirk. Dass es sich dabei um Integration handelt, ist offensichtlich. Die Folge wird sein, dass andere Schulen in einem Bezirk keine Notwendigkeit sehen, sich zu inklusiven Orten weiterzuentwickeln. So wird von vornherein verhindert, dass eine inklusive Bildungslandschaft entsteht. Außerdem behütet die Festlegung auf die Sekundarschule als eine inklusive, weiterführende Schule die Gymnasien. Sie werden vor Veränderungen geschützt und Kindern mit Behinderung der Zugang zum Gymnasium unnötig erschwert. Die Politik bestimmt mit dieser Festlegung den Lebensweg von Kindern.

Weiterhin sollen in den Bezirken Schwerpunktschulen eingerichtet werden, an denen Kinder mit gleicher oder ähnlicher Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. Dies ist im Sinne des Peer-Group-Gedankens, bei dem sich diese Kinder gegenseitig bestärken und befähigen können. Der Ansatz setzt aber auch ein funktionierendes inklusives Schulsystem voraus, bei dem auf eine wohnortnahe Beschulung geachtet wird und keine Separierung innerhalb der Schule stattfindet.



Die derzeitigen Schritte, Haupt- und Realschulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, sind die ersten in Richtung einer inklusiven Bildungslandschaft. Doch diese Schritte müssen ausgeweitet werden, da langfristig auch Gymnasien in die Gemeinschaftsschulen aufgehen sollten. Das bestehende Schulsystem mit seinen verschiedenen Schulformen fördert Selektionsmechanismen, die im Widerspruch zur Inklusion stehen.

Es braucht einen kulturellen Wandel im Schulsystem

Für die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen und für eine inklusive Schullandschaft braucht es mehr als eine Veränderung an wenigen Stellschrauben.

Sie ist nicht kostenneutral und frei von Reformen zu haben. Und leider hat der Berliner Senat versäumt, die Vereinten Nationen zu bitten mit dem Übereinkommen zehn Jahre früher oder später auf den Weg zu bringen, um mit den eigenen Reformen nicht ins Gehege zu geraten.

Eine auf Inklusion und Chancengerechtigkeit orientierte Bildungspolitik mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen als Maßstab bedeutet ein menschenwürdiges, kindgerechtes Schulsystem und bringt einen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel im Schulsystem.

Ulrike Bürgel
Mitglied der Redaktion

DAS S-BAHN-DILEMMA - EIN ISOLIERTES PROBLEM?

Die S-Bahn ist immer wieder Thema in der Stadt: Weil sie nicht kommt. Wir haben uns mit Matthias Oomen, dem Hauptstadtbeauftragten und Bundespressesprecher von Pro Bahn e. V., einem gemeinnützigen Fahrgastverband, über die aktuelle Lage in Berlin unterhalten und ein Blick in die Zukunft gewagt.

Im Januar wurden einige Außenbezirke nicht mehr mit S-Bahnen bedient. Als Antwort erfolgte der Winterfahrplan, um wieder das gesamte Netz bedienen zu können. Zwar langsamer, aber immerhin. Hätte es eine Alternative gegeben?

Matthias Oomen:

Technisch gesehen eher nicht. Offensichtlich ist der Unterschied der Belastung zwischen Tempo 80 und Tempo 60 so groß, dass mit 80 km/h nicht gewährleistet werden konnte, alle Strecken zu bedienen. Es ist von der S-Bahn schon ganz schön mutig zu zeigen: Liebe Leute, wir können das Niveau nicht halten. Das ist natürlich ein weiteres Indiz dafür, wie sehr das gesamte S-Bahn-System ständig am Rande des Kollapses agiert.

Der weitgehende Ausfall eines Verkehrsmittels scheint Berlin lahmlegen zu können. Sollten nicht mehrere Nahverkehrssysteme wie in Berlin dort nicht eine auch ausgleichende Funktion entwickeln?

Matthias Oomen:

Man muss auf jeden Fall schauen, wie man den innerberlinerischen Regionalverkehr stärken kann. Das U-Bahn-Netz wirkt derzeit nicht sehr entlastend für

das S-Bahn-Netz, weil es an vielen Stellen einfach endet. Bestes Beispiel ist sicher die Endstation Krumme Lanke ohne eine Anbindung an die S-Bahn-Station des nahegelegenen Mexikoplatzes. Oder eine Verlängerung der U 1, die einfach an der Uhlandstraße endet, könnte bis etwa zum Adenauerplatz, aber am sinnvollsten bis nach Halensee, weitergeführt werden. Die bessere Verknüpfung von U- und S-Bahn würde gleichzeitig auch das Bus-System entlasten. Gerade der Kudamm ist auch so stark von Bussen befahren, weil dort die U-Bahn nicht durchgängig fährt. Man kann sogar darüber nachdenken, etwa die U 5 vom Alex bis zum Hauptbahnhof und von dort bis zur S-Bahnstation Jungfernheide zu verlängern, was zu einer kompletten Aufwertung der Fläche Moabit führen würde. Der Osten Berlins sollte vor allem in der Fläche stärker bedient werden, etwa durch den verstärkten Einsatz der Regionalexpresszüge. Auch könnte es sinnvoll sein, über eine Strecke vom Hauptbahnhof über Naturkundemuseum bis nach Hellersdorf nachzudenken.

Hört sich teuer an. Wie soll hierfür eine realistische Finanzierung aufgebaut werden?

Matthias Oomen:

Auch wenn es unpopulär ist: Ich kann mir vorstellen, dass es auch über eine moderate zweckgebundene Erhöhung der Ticketpreise erfolgen kann, etwa zehn Cent auf den regulären Einzelfahrschein. Teuer sind kurze Strecken. Durch die schlechte Vernetzung kann häufig ein Kurzstreckenticket nicht verwendet werden, so dass man trotz kurzer Strecken häufig ein Normalti-

cket braucht. Es könnte aber auch über eine Neuordnung der Tarifzonen gehen. Ein Beispiel: Man könnte eine Tarifzone speziell für den Flughafen BBI einführen und finanziert darüber etwa den Ausbau der U 7 von Rudow bis zum Flughafen. In anderen Städten ist das gerade bei Flughäfen nicht unüblich.

Zurück zur S-Bahn. Unternimmt der Senat eigentlich genug, um den aktuellen Problemen zu begegnen?

Matthias Oomen:

Also Rot-Rot scheint in einer Perspektive bis Ende September zu denken. Man präsentiert den Leuten Absichtserklärungen, die bis dahin keine Folgen haben. Etwa wir schaffen für die Zukunft neue Fahrzeuge an, und dann wird alles besser. Das kann bis zur Wahl keiner überprüfen. Aber was sofort gemacht werden könnte, wird nicht getan.

Das wäre zum Beispiel?

Matthias Oomen:

Der Senat muss Folgendes machen: Den S-Bahn- Vertrag kündigen, ganz klar. Und daneben müsste der Buseratzverkehr gestärkt werden. Mit der Kündigung könnte man den wirtschaftlichen Druck umdrehen. Derzeit hat die S-Bahn, also die Deutsche Bahn AG, über das Eigentum an den Fahrzeugen ein Druckmittel in der Hand. Bei einer Kündigung gäbe es einen Auslaufbetrieb, der absehbar an einem bestimmten Tag endet. Die S-Bahn hat dann das Problem, dass sie auf Fahrzeugen sitzt, die nur in Berlin einsetzbar sind. Die Kosten jeden Tag Geld, wenn sie nicht fahren. Das bringt die Deutsche Bahn AG in Zugzwang. Die Zeit bis zum Stich-



Suchen vergebens Anschluss seit Sommer '09 - vielleicht falsches Antlitz?

tag müsste als Konzeptionsphase genutzt werden: Was mache ich mit dem S-Bahn-Netz, bilde ich etwa eine Behörde, wie will ich das umsetzen?

Diese müsste dann auch von Ausschreibungen der Strecken begleitet werden?

Matthias Oomen:

Es ist sicherlich ein Problem, dass man die S-Bahn nicht ausgeschrieben hat. Mit Ausschreibungen kann man viel erreichen: Etwa Taktverbesserungen, indem ein Anbieter sagt, wir fahren zum gleichen Preis, aber häufiger. Oder andere Leistungserweiterungen, etwa wir kümmern uns um die Reinigung. NRW ist da vorbildhaft. Dort wurde konsequent ausgeschrieben mit der Folge, dass die DB sehr viele Strecken verloren hat.

Matthias, herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Interview führten Ulrike Bürgel und Oliver Münchhoff



© Oliver Münchhoff

FEUERFUCHS-POLITIK

Warum Bürgerbeteiligung mehr als Direkte Demokratie ist

Da war Heiner Geißler - nur für einen Moment - sprachlos: Mit soviel geballter Fachkompetenz hatte der Schlichter bei den Gesprächen um Stuttgart 21 auf Seiten der Gegner nicht gerechnet. „Die Alternative - K21 - ist offenbar technisch machbar.“ lobte er die GegnerInnen von Stuttgart 21 nach der Vorstellung ihrer Ideen für einen modernisierten Kopfbahnhof. Von da an gestand Geißler stets zu: „Die Gegner sind ja gar keine Gegner. Sie wollen ja auch etwas!“ Im Schlichterspruch ging das ATTAC-Mitglied dann auf viele Bedenken der KritikerInnen der Tieferlegung des Stuttgarter Bahnhofs ein und forderte Nachbesserung bei den Plänen der Deutschen Bahn. Eine Sensation, die im Ärger über das grundsätzliche Ja zu Stuttgart 21 nicht ausreichend gewürdigt wurde.

Eine Sensation, denn den GegnerInnen von Stuttgart 21 ist etwas noch nie Dagewesenes gelungen: Eine Bürgerbewegung, die praktisch ohne die Hilfe von Verwaltungen und großen Konzernstäben, ein Milliardenprojekt geplant und bis in die Details ausgearbeitet hat. Hunderte engagierte Bürgerinnen und Bürger haben wie in einem Puzzlespiel dazu beigetragen, dass K21 einen integrierten Taktplan und alternative Routen, um Mineralwasser und Biotope zu umgehen, aufzeigen konnte. Das ist eine Leistung, vor der viele professionelle Politikgestalter in Parlamenten und Verwaltungen zu Recht zurückschrecken.

Das Feuerfuchs-Prinzip

Eine Idee des Web2.0 erreicht damit die Wirklichkeit der Politik: Das Feuerfuchs-Prinzip. Seit 2002 entwickelt die gemeinnützige Mozilla-Stiftung unter anderem den Open-Source-Webbrowser Firefox, zu Deutsch Feuerfuchs. Die Entwickler des Browsers legen dabei den Quellcode offen, so dass jede Nutzerin und jeder Nutzer eigene Weiterentwicklungen vornehmen kann, sei es um den Browser für den eigenen Gebrauch zu optimieren oder aber um generelle Verbesserungen vorzunehmen. Täglich werden so mehrere neue Funktionen beigesteuert, etwa ein Werbeblocker oder die aktuellsten Wetterberichte für Berlin.

Noch bekannter dürfte Wikipedia sein: das Online-Lexikon, ohne das heutzutage keine Hausarbeit geschrieben und keine Bundestagsrede verfasst wird. Auch hier gilt das Prinzip der „Intelligenz der Masse“: Tausende freiwillige HelferInnen verfassen und bearbeiten weltweit die Artikel. Das Ergebnis ist revolutionär. Längst hat das Online-Nachschlagewerk alle Druckvarianten geschlagen - in der Quantität und der Qualität. Bei knapp 1,1 Millionen Artikel in der deutschsprachigen Version kommen Brockhaus und Co. längst nicht mehr mit. Aber auch inhaltlich ist Wikipedia laut einer Studie aus dem Jahr 2007 vom Stern korrekter und schneller als der altherwürdige Brockhaus.

Neue Politische Kultur - mehr als Direkte Demokratie

Die Intelligenz der Masse, die Kreativität und der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger schlägt längst althergebrachte Institutionen. Nur in der Politik gelten die Regeln des Parlamentarismus aus dem vorletzten Jahrhundert fort, vielleicht noch ergänzt um die eine oder andere Volksabstimmung zwischen den Wahlen. Im Wesentlichen jedoch bleibt der Anspruch: Nur das Parlament und die Verwaltung sind in der Lage, in der Komplexität der modernen Welt mitzuhalten. Politikberatung findet in Fachgesprächen und Anhörungen statt, wo die immer gleichen Verbände und Lobbyisten gehört werden. Und meist steht das Ergebnis längst vorher fest.

Eine „Neue Politische Kultur“ versprechen wir Grünen in unserem neuen Wahlprogramm für Berlin. Im Programm findet sich sehr viel Richtiges: verbindliche Volksentscheide, mehr Rechte zur Akten-e i n s i c h t , Transparenz

bei der Entscheidungsfindung. Aber Bürgerbeteiligung ist mehr als Direkte Demokratie und Informationsfreiheit. Den mündigen Bürgerinnen und Bürgern genügt es nicht, bei Wahlen eine Stimme abzugeben oder ab und an bei einem Volksentscheid Ja oder Nein zu sagen. Sie wollen auch im Prozess der Politikgestaltung ihre Kompetenzen einfließen lassen - ohne sich dem 16-Stunden-Tag eines Parlamentarierers oder der Langeweile einer Berliner Verwaltungskarriere aussetzen zu müssen.

Grüne Wege - erprobt und getestet

Wenn wir das Feuerfuchs-Prinzip auf die Politik übertragen wollen, müssen wir Institutionen schaffen, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich bereits in den Prozess der Gestaltung von Politik einbringen können. Und wir Grünen haben dazu ja in den letzten Jahren gute Ideen entwickelt. Beim Protest gegen die Bebauung am Spreeufer - Stichwort Mediaspree - haben wir bewiesen, dass wir Unbehagen und Wut in Kreativität und konstruktiven Dialog umleiten können. Im Sonderausschuss Mediaspree wurden über zwei Jahre hinweg substanzielle Verbesserungen bei der Stadtplanung durchgesetzt, auch wenn die Aktivistinnen und Aktivisten sich am Ende aus dem Ausschuss zurückzogen.

Gerade dann, wenn ein Projekt noch nicht so weit fortgeschritten ist, kann ein Sonderausschuss des Parlaments, in dem auch Mitglieder von Bürgerinitiativen und Fachleute der Zivilgesellschaft vertreten sind, befriedend wirken. So können sinnvolle Vorschläge und berechnete Sorgen frühzeitig einbezogen werden. Bei der

A100 oder der zukünftigen Gestaltung des ehemaligen Flughafens Tempelhof wäre ein solcher Sonderausschuss sicher hilfreich gewesen. Nicht immer muss die Schlichtung warten, bis Hunderttausende auf der Straße sind.

Auch die Bundestagsfraktion geht neue Wege der Bürgerbeteiligung. Das neue Arbeitnehmerdatenschutzgesetz - mit 120 Seiten auch inhaltlich ein Mammut - wurde noch vor der Einbringung ins Parlament online vorgestellt und diskutiert. Die Resonanz war verblüffend. Dutzende, gut durchdachte Vorschläge und Änderungswünsche erreichten die Fraktion. Sogar ein ehemaliger Bundesverfassungsrichter schaltete sich in die Online-Diskussion ein. Im Ergebnis konnte die Fraktion so ein deutlich verbessertes Gesetz vorlegen. Und sogar die Bundesregierung nahm das Verfahren zum Anlass, ihren eigenen Entwurf noch zu überarbeiten. Welch ein Widerspruch zum sonstigen Vorgehen der Politik. Zumeist werden Gesetze im Hinterzimmer verhandelt und dann durch das Parlament gejagt. Trauriger Höhepunkt war wohl das Atomausstiegverlängerungsgesetz. Aber auch in Berlin läuft es nicht anders. Der rot-rote Senat hat sich zuletzt beim Klimaschutzgesetz so blamiert, dass er lieber auf ein Gesetz verzichtete, statt auf die vorliegende Alternative aus der Zivilgesellschaft zurückzugreifen. Ein schönes Beispiel dafür, dass es vor allem die Angst vor dem Gesichtsverlust ist, die die Politik daran hindert, auf bessere Alternativen zu hören. Dabei wird doch deutlich: Bürgerbeteiligung ist keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie - es ist ihre Ergänzung.

Ronald Wenke
Mitglied der Redaktion

© keng susumpow - flickr CC



Rechtspopulismus

WIE GEFÄHRLICH SIND

„PRO BERLIN“ UND „DIE FREIHEIT“?

In Berlin treten zwei relativ neue Akteure der extremen Rechten auf, die im Zuge der Sarrazin-Debatte versuchen, an anti-islamische Ressentiments anzuknüpfen und diese in Wahlerfolge umzumünzen: „Pro Berlin“ und „Die Freiheit“. In einer 2010 durchgeführten Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmten über die Hälfte der Befragten der These zu, dass für Muslime in Deutschland die Religionsausbildung erheblich eingeschränkt werden sollte. Daran versuchen die Rechtspopulisten anzuschließen, in dem sie den Islam als alleinige Ursache von gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklungen diffamieren.

Die „pro Bewegung“ hat ihren Ursprung im 1996 gegründeten Verein „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“, der unter Beobachtung des Verfassungsschutz steht. Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ dar, arbeitet aber eng mit Rechtsextremen zusammen. Der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs kandidierte einst für die NPD. Auf der Einladungsliste des Anti-Islamisierungskongresses 2008 standen auch Vertreter extrem rechter Parteien wie der belgischen Vlaams Belang, der italienischen Lega Nord oder der FPÖ sowie der verurteilte Holocaustleugner Nick Griffin.

Ähnlich die Taktik von René Stadtkewitz. Er war führender Kopf der Mobilisierung gegen den Bau einer Moschee in Pankow-Heinersdorf und wurde nach seiner Einladung an den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders aus der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ausgeschlossen. Daraufhin gründete er „Die Freiheit“, mit der er nun versucht, eine Sammlungsbewegung im nationalkonservativen Lager zu schaffen. Dabei forderte Parteivize Marc Doll, mit dem angeblich in Deutschland herrschenden „Schuldskult“ zu brechen, der einen „gesunden Patriotismus“ unterbinde.

Personell und ideologisch zu Teilen aus dem Lager der extremen Rechten stammend bemühen sich diese Gruppierungen um breitere Wählerschichten. Dabei grenzen sie sich aus taktischen Gründen von rechtsextremen Parteien wie der neonazistischen NPD ab. Die traditionelle extreme Rechte ist gekennzeichnet durch einen positiven Bezug auf den Faschismus, die offene Ablehnung der Demokratie sowie einer anvisierten „völkischen Revolution“. Sowohl die „pro Bewegung“ als auch „Die Freiheit“ kann man als Vertreter der modernen extremen Rechten sehen. Diese proklamieren eine Abkehr vom Faschismus, eine taktische Befürwortung der direkten Demokratie sowie eine Religiösierung des Rassismus. Traditionelle Angstszenerien einer Überfremdung weichen dem modernen Bedrohungsmythos der schleichenden Islamisierung.

Dabei bemühen sie sich der Tarnung als lokale Bürgerinitiative, die kommunale Themen aufgreift und Bürgeranfragen und Petitionen starten. So können sie öffentlichkeitswirksam agieren, Adressen potentieller Unterstützer sammeln und so ihre Bewegung aufbauen. Erfreulicherweise ist es, anders als in einigen Nachbarstaaten, in Deutschland bisher keiner rechtspopulistischen Partei gelungen, nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen. Wir DemokratInnen sollten den Dialog zwischen BürgerInnen und den Islamverbänden vor Ort suchen. Dies hilft, die Versuche der Rechtspopulisten, abstrakte Ängste zu schüren, zurückzudrängen. „Pro Berlin“ und „Die Freiheit“ sprechen über „die Moslems“, wir wollen mit ihnen über ihre Lebenssituation ins Gespräch kommen, ihnen ein Gesicht geben und den Dialog gestalten.

Daniel Gollasch

ÄGYPTISCHE LEKTIONEN

Ein Gastkommentar von Volker Beck

Noch immer blicken wir mit angehaltenem Atem auf die sich überschlagenden Ereignisse in Ägypten. Eine ganze Region, die viele von uns lange nur mit Menschenrechtsverletzungen, verkrustete Herrschaftsstrukturen und Terror verbanden, überwältigt uns nun mit dem mutigen Aufbegehren so vieler Menschen gegen ihre jahrzehntelange Unterdrückung.

Die meisten von uns sind von der Stärke und dem schnellen Erfolg der Proteste überrascht. Für die deutsche Regierung, die Europäische Union und viele andere Staaten, die Mubarak jahrzehntelang unterstützt haben, ist der Erfolg der Demonstranten beschämend. Das unbeirrte und kritiklose Festhalten an Diktatoren wie Mubarak und Ben-Ali fällt nun auf sie zurück, denn sie sind sowohl moralisch als auch strategisch gescheitert. Die Bundesregierung konnte sich noch nicht einmal zu einer Rücktrittsforderung gegenüber Mubarak durchringen, als die Legitimationsfassade des ägyptischen Regimes unter dem Druck der anhaltenden und jeglicher staatlichen Gewalt trotztenden Proteste endgültig zusammenbrach. Für die deutsche Politik ist diese Zögerlichkeit ein Armutszeugnis.

Die Ereignisse in Tunesien und Ägypten sollten uns lehren, dass echte Stabilität nur auf der Einhaltung der Menschenrechte und der Teilhabe der breiten Bevölkerung fußen kann. Die vermeintliche Ruhe, die der Westen sich von Diktatoren wie Mubarak erhoffte und auf die er in vielen Ländern noch immer setzt, ist in Wirklichkeit lediglich die gewaltsame Unterdrückung von Spannungen, die sich eines Tages entladen, wie es nun in Ägypten und Tunesien geschehen ist.

Schon nach meiner Reise nach Ägypten im letzten Jahr habe ich den Kurs der Bundesregierung, Mubarak trotz seiner Verantwortung für systematische Menschenrechtsverletzungen weiterhin zu stützen und mit Kritik an der Repression hinter dem Berg zu halten, scharf kritisiert. Seit Jahrzehnten werden Oppositionelle, kritische Journalisten, Homosexuelle und Angehörige religiöser Minderheiten wie die Baha'i in Ägypten systematisch unterdrückt und verfolgt. Die Parlamentswahlen im vergangenen November wurden überschattet von Einschüchterung, Gewalt und schweren Betrugsvorwürfen.



Das furchtbare Attentat auf koptische Christen im Januar dieses Jahres kam nicht von ungefähr, sondern ist auch auf die Kampagnen des ägyptischen Regimes gegen Christen zurückzuführen, die die Ressentiments zwischen den Religionsgruppen befeuerten. Dass bei den Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz Muslime und Kopten Seite an Seite für ihre Rechte eingetreten sind, sollte uns hoffnungsfroh stimmen.

Die Bundesregierung und die EU müssen ihren Kurs gegenüber den vielen menschenverachtenden Staaten im Nahen Osten und der ganzen Welt nun endlich grundsätzlich überdenken. Nun, da Mubarak zurückgetreten ist, besteht die Chance auf einen echten Wandel. Die Ägypter haben dem Westen eindrucksvoll bewiesen, dass sie ihr Land selbst reformieren wollen, und das, obwohl der Westen ihnen dabei mit seiner regimerefreundlichen Politik im Wege stand. Noch ist der demokratische Wandel nicht geschafft und ein gesundes Misstrauen gegenüber der Gutwilligkeit des mächtigen Militärs bleibt geboten. Auch die organisatorische und politische Schwäche der demokratischen Bewegung im Vergleich zur Staatspartei und den Muslimbrüder ist ein ernstes Problem. Die Erfahrung jahrzehntelanger Unterdrückung wird nicht binnen eines Jahres abgeschüttelt werden können, sondern muss langsam und von Grund auf überwunden werden.

Nun ist es an uns, die Ägypter einerseits in ihrer Souveränität zu achten, ihnen andererseits aber jede mögliche Hilfe für einen demokratischen Wandel anzubieten. Nur so kann der Westen zumindest einen Teil des Vertrauens, das er bei vielen Ägyptern verloren hat, zurückgewinnen. Und dieses Vertrauen wird unerlässlich sein, wenn wir sie dabei unterstützen wollen, eine Gesellschaft und politische Strukturen aufzubauen, die unser Klischee vom demokratieunfähigen Nahen Osten Lügen strafen.

Ägypten lehrt: Auch bei der manchmal außenpolitisch notwendigen Zusammenarbeit mit Despoten darf man Menschenrechtsfragen nicht einfach hinten anstellen.

GLÜCK IM UNGLÜCK

2010 war zunächst kein gutes Jahr für die Wiener Grünen. Das Wahlergebnis war rund zwei Prozentpunkte schlechter als 2005 und die Partei war gespalten. Damals noch, am Abend des 23. Oktober 2005 hatte im Palais Auersperg eine riesige Wahlparty der Wiener Grünen stattgefunden. Tatsächlich hatte es allen Grund zum Feiern gegeben: Nach Neubau konnte mit der Josefstadt ein zweiter Bezirk erobert werden. Doch nun, 2010, war es anders.

Bezirksvorsteher Heribert Rahdjian (Wien-Josefstadt) verkündete im August 2010 offiziell, mit einer eigenen Namensliste zu kandidieren. Zwei Grün-Listen bei der Wahl, eine Spaltung der Partei - ein Drama so kurz vor der Wahl. Hintergrund für den Schritt war ein persönlicher Streit, den Rahdjian seit Langem mit seiner Stellvertreterin Doris Müller führte. Der Stil der beiden war konträr. Hier der ältere, im Bezirk stark verankerte Grün-Realo. Auf der anderen Seite die jüngere, forsche Vertreterin des linken Flügels, die nach Rahdjians Angaben die Macht im Bezirk und auf jeden Fall an die Spitze wollte. Bereits im Juni 2010 eskalierte der Streit. Alexander Spritzenhofer wurde als Kompromisskandidat ins Rennen geschickt, Rahdjian verlor in einer Kampfabstimmung. Dass der grüne Bezirkschef nun mit einer eigenen Liste antreten würde, kam dennoch für die meisten überraschend. „Ich habe diesen Entschluss gefasst, weil mich viele Menschen darauf angesprochen haben und sie gewollt haben, dass ich weiterarbeite.“

Bis auf das rechte Lager haben bei der Wahl 2010 alle Parteien an Stimmen verloren - auch nicht gerade eine Glanzstunde in der politischen Geschichte Wiens. Doch wenn man die neu gegründete Liste mit dem Ergebnis der Wiener Grünen addieren würde, hätte das grüne Lager im Vergleich zum Jahr 2005 sogar Stimmen hinzugewonnen. Eine kleine Überraschung.

Das Glück im Unglück war jedoch die eigentliche Überraschung. Nachdem die SPÖ ihre absolute Mandatsmehrheit eingebüßt hatte, führte sie mit der ÖVP und den Grünen Sondierungsgespräche über eine Koalition. Am 12. November 2010 gaben SPÖ und Grüne bekannt, dass sie sich auf eine gemeinsame Koalition geeinigt haben. Maria Vassilakou zog als Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Verkehr, Stadtplanung, Klimaschutz und Energie in die Landesregierung ein. Trotz Spaltung und effektivem Wählerverlust sind die Grünen nun an der Wiener Regierung beteiligt.

In seiner Regierungserklärung ging Michael Häupl (SPÖ) gezielt auf die rot-grüne Koalition ein: „Rot-Grün ist neu für Österreich und stellt eine Alternative zu bisherigen Koalitionsvarianten dar.“ Und: „Zum ersten Mal übernehmen unsere Parteien gemeinsam Verantwortung, um zu zeigen, dass ... neue Wege beschritten werden können und aus meiner Sicht auch beschritten werden müssen.“

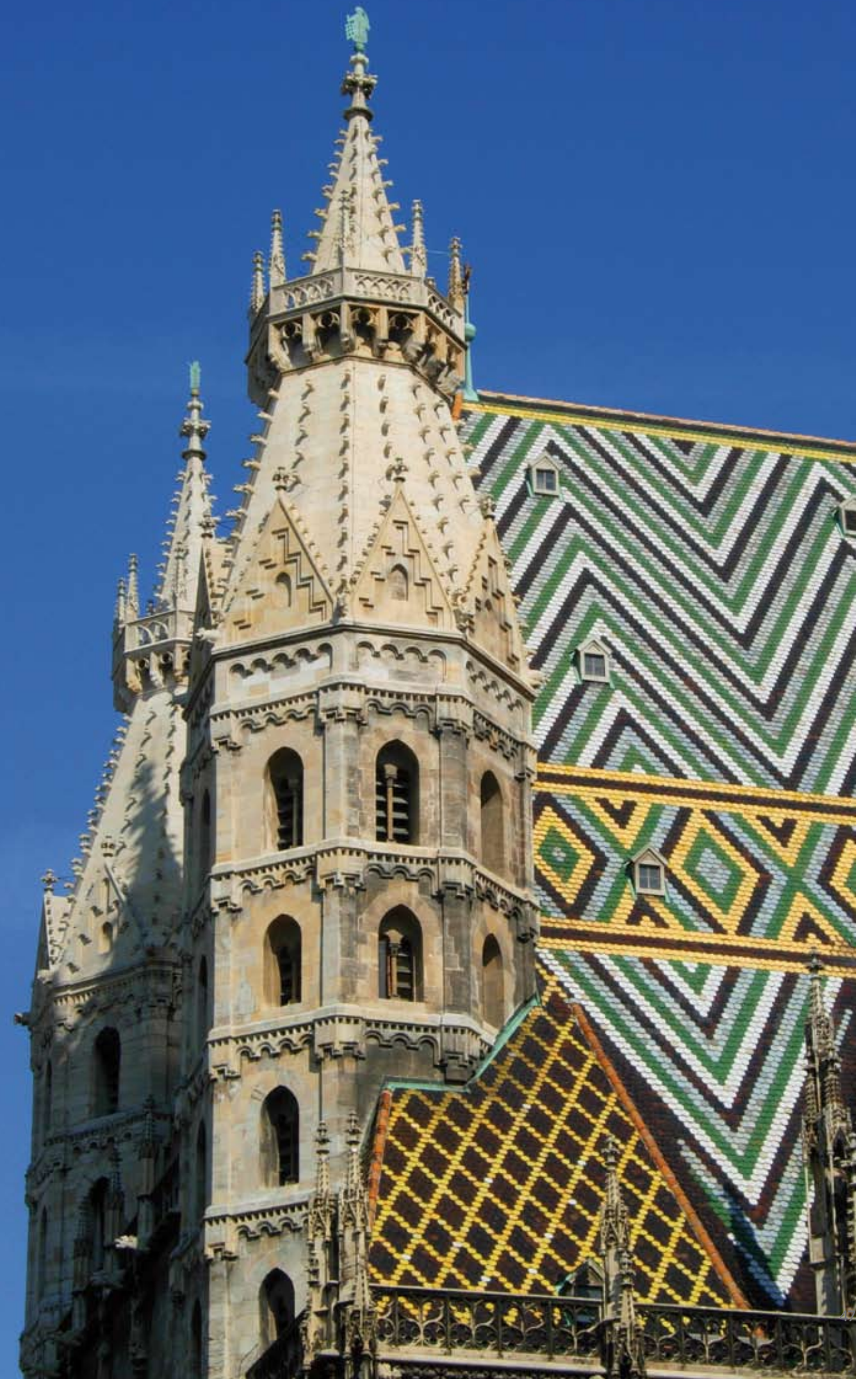
Arne Haeger
Mitglied der Redaktion



Da mag einer die Österreicher:
Michael Cramer mit Logo der Grünen Österreich

© Lisa Paus

© Waldteufel - fotolia



EIN NACHRUF VON WOLFGANG WIELAND

Am 22. Januar 2011 starb unser Gründungsmitglied mit der Mitgliedsnummer 001, Michael Wendt.

Er wurde von einer Stunde auf die andere aus dem Leben gerissen. So, wie er vor beinahe 25 Jahren von einer Stunde auf die andere zum Querschnittsgelähmten wurde.

Gerade zu ihm, der über alle Massen nach Gerechtigkeit strebte, war das Schicksal insoweit nicht gerecht. Er hat mit diesem Schicksal auch gehadert, was er meist gut verbarg. Aber er war nie verbittert. Er war auch im Rollstuhl ganz oft noch der fröhliche, humorvolle, ja spitzbübische Micha. Keine Resignation, sondern ein täglicher Kampf um seine verbliebenen körperlichen Fähigkeiten und die bedingungslose Bereitschaft, seine reiche politische Erfahrung und seine Energie in vielfältige politische Zusammenhänge einzubringen.

So war er neben seiner langen Tätigkeit als Stadtrat in Neukölln und Tiergarten Vorstandsmitglied im Humanistischen Verband Berlin, dort für die Kinder- und Jugendarbeit zuständig, aktiv im Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Mitglied im Erweiterten Landesvorstand der Berliner Grünen seit dessen Gründung und zu guter Letzt Vorstand im Nachbarschaftsheim Neukölln.

Hervorstechend war seine Bescheidenheit. Keinerlei Vorzugs- oder Sonderbehandlung wollte er. So hätte er auch diesen Nachruf niemals lesen wollen. „Nee, hör uff“ wäre seine sichere Reaktion gewesen. Da war er Berliner, liebte kein Gewese und kein Getue.

Wie auch anders bei einem Menschen, der im Jahre 1955 in Berlin Moabit geboren wurde und den es schon als Schüler zur Politik zog. Er wurde Klassen- und Schulsprecher, studierte dann Maschinenbau an der TFH, machte seinen Abschluss als Ingenieur, arbeitete als Geschäftsführer bei einer Bauschlosserei und einer Druckerei. Dann kam die Gründungsphase der AL und Micha wurde das berühmte Mitglied Nummer 1. Er kam am Morgen nach der rauschhaften Gründungsversammlung der AL in der Neuen Welt beim Sortieren der Aufnahmeanträge zu der Erkenntnis: Na ja, einer musste die Nummer 1 sein.

Diese Anekdote zeigt neben Michas Verschmitztheit zweierlei: Er hat sich von der ersten Minute an mit dem Projekt AL identifiziert wie kaum ein anderer. Und er wusste zweitens, dass Organisation nicht alles ist, doch dass ohne Organisation alles nichts ist. Zumal bei diesem bunten, hochfliegenden, unstrukturierten, alles grundsätzlich und in aller Länge ausdiskutierenden Haufen. „Alternativ geht alles schief“ war schließlich sonst unser Eigenbefund.

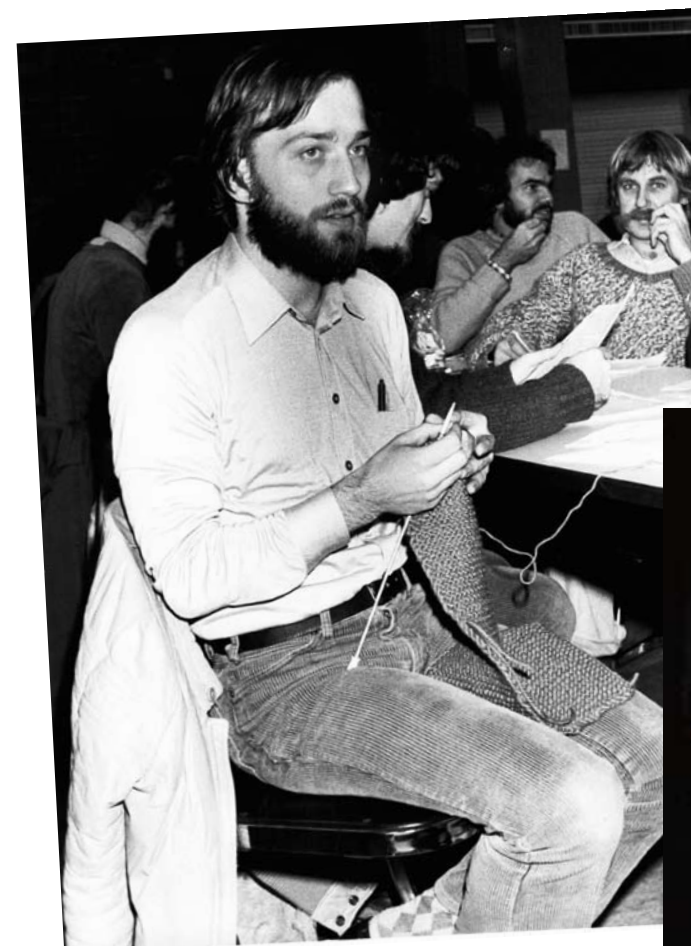
Fast zwangsläufig wurde er mit unserer ersten Fraktion 1981 als damals jüngster Parlamentarier in das Abgeordnetenhaus gewählt. Micha selber hat diese Zeit so beschrieben:

„Im Feindesland, so oder ähnlich haben wir uns alle gefühlt. Nach parlamentarischen Mehrheiten stand uns nicht der Sinn und den Etablierten zu ähnlich zu werden, war unsere größte Sorge ... Trotz unseres allseits anerkannten Arbeitseifers wurden wir in den zwei Parlamentsjahren leider nicht richtig berühmt. Schmerzlich mein kurzes Gespräch mit Frau Grunert beim Abschiedsempfang, als sie beichtete: ‚Wissen Sie Herr Sellin, dass ich Sie immer noch mit dem Schmidt verwechsle‘ Das baut auf.“

Nicht verschwiegen werden sollte, dass die Entfernung von manchen unserer Gründungsideale ihn mehr schmerzte als andere. So war sein Beitrag zum 30. Gründungsjubiläum der AL, an historischem Ort in der Neuen Welt, eine eindringliche Mahnung, den Kampf für eine bessere, solidarische Welt nicht aufzugeben. Er war eben mehr als eine Nummer 1, er war so etwas wie die Seele unserer Partei, das moralische und soziale Gewissen. So werden wir ihn im Gedächtnis behalten.

*Nur wenige Menschen sind wirklich lebendig
und die, die es sind, sterben nie.
Es zählt nicht, dass sie nicht mehr da sind.
Niemand, den man wirklich liebt, ist jemals tot
Ernest Hemingway*

*“Der Mensch ist erst wirklich tot,
wenn niemand mehr an ihn denkt”
Bertold Brecht*



© Alle Fotos überlassen von Johann Müller Gazurek



Mit der Quote gegen das Dschungelcamp

Die seit Jahrzehnten geführte, in den letzten Wochen mit neuer Schlagkraft tobende Debatte um Sinn und Unsinn der Frauenquote nimmt absurde Züge an und geht am Thema geradewegs vorbei. Denn die Diskussion wird von ihren Protagonisten und vor allem Protagonistinnen in einem Duktus debattiert, der nicht darauf schließen lässt, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und um eine staatlich kontrollierte Korrektur einer nicht eingehaltenen, verfassungsmäßig vorgeschriebenen Chancengleichheit handele, sondern um den Anteil von Weizenflocken in einem Vollkornmüsli.

Tragisch ist, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Hauptschuld bei den Frauen selbst liegt: zwei Ministerinnen werden wie Kampfhenken in den Ring geschickt werden, bis die Oberglocke eine von beiden zurückerpfeift.

Dass diese Frauen es ohne Quote geschafft haben, liegt allerdings zum einen daran, dass sie als Politikerkinder und Quotenopsis bessere Chancen als andere hatten. Zum anderen folgt die Politik anderen Gesetzen als die Wirtschaft: Stehen Parteien im öffentlichen Fokus und werden auch wegen ihres Personals gewählt, fragt beim Toasterkauf niemand, ob im Vorstand Frauen sitzen. So führen diese Frauen eine selbstverlogene Scheindebatte und verdecken wohlwollend, dass sie selbst nicht vernunft-, sondern machtgesteuert agieren, um von den hinter ihnen stehenden Männern nicht fallen gelassen zu werden.

Die Schlimmste vorneweg ist Kristina Schröder, die ihre eigene Karriere als Beleg dafür anführt, dass Frauen es auch ohne Quote schaffen. Doch tatsächlich taugt Schröder eher als Abschreckung denn als Vorbild: Als andere 12-jährige Mädchen die Ponyposter gegen halb nackte Boygroups austauschten, hing bei ihr ein Poster von Helmut Kohl über dem Bett, als ihre Freundinnen erstmals versuchten, sich in die Disko zu schmuggeln, begann sie ihre Parteikarriere. Das ist legitim und zugleich tragisch, weshalb man Frau Schröder mitleidig in den Arm nehmen möchte, um ihr im nächsten Moment trotzdem kräftig den Hintern für all diese unfassbare Dummheit zu versohlen, die sich vereinfacht folgend zusammenfassen lässt: Die Frau in Deutschland habe alle Chancen, sie sei und bleibe nur einfach zu blöd und unmotiviert, diese zu ergreifen.

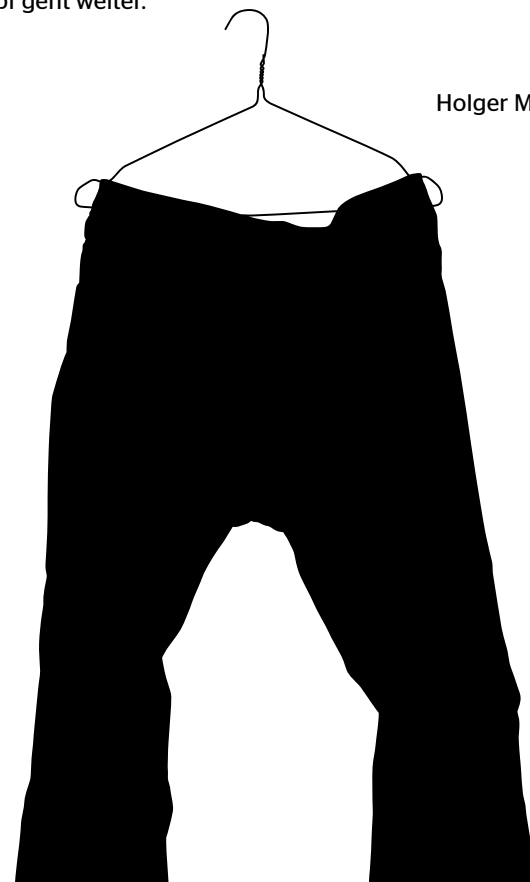
Nach 60 Jahren gescheitertem Versuch der Gleichberechtigung kann das doch niemand mehr ernst nehmen. Der Markt wird es regeln? Offensichtlich nicht. Die Quote wird schlechter qualifizierte Frauen zu Chefs machen? Entschuldigung, das schaffen Männerbünde seit 1000 Jahren. Wo der Markt versagt, muss ihm geholfen werden. So machen wir das schließlich auch mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das Programme fördert, die durch Qualität überzeugen und damit zu wettbewerbsfähigen Rennern werden, ohne in der Entwicklungsphase aus Kostengründen von Frauentausch und Dschungelcamp platt gemacht zu werden.

Gleiches muss es für Wirtschaft und Politik geben, wo im September eine, wie sie es kürzlich im Interview selbst sagte, Quotenfrau Regierende Bürgermeisterin von Berlin werden will, die dank der Quote ihrer Partei in der Entwicklungsphase eine Chance erhalten und sie gepackt hat, um jetzt wettbewerbsfähig zu sein. Wer heute noch gegen die Quote ist, der kann es nur aus Opportunismus oder aus Angst vor dem eigenen Machtverlust sein.

Aber so ist das nun mal, lieber Klaus.

In diesem Sinne, alles Gute zu 100 Jahren Frauentag, der Kampf geht weiter.

Holger Michel



© Neubaumwelt



TERMINE

14. März

Gender Equality: Ein positiver Effekt in der Wirtschaftskrise.
19.00 Uhr, EWA Frauenzentrum, Prenzlauer Allee 6 (HBS Bildungswerk Berlin)

28. März

IBA - Alles Tempelhof oder was? 3 + x Szenarien einer IBA 2020, u.a. mit Franziska Eichstädt-Bohlig, Regula Lüscher
18.30 Uhr, in der Forum Factory, Besselstrasse 14

31. März

FÜR Berlin: Renate Künast im Gespräch: „Auf die Bildung kommt es an“
19.30 Uhr, Marienburg, Marienburger Strasse 16 (Pankow)

1. April

Positive Action. Mit positiven Maßnahmen Barrieren abbauen, Chancengleichheit und Vielfalt fördern, u.a. mit Canan Bayram, Angela Bar
11.00 Uhr - 18.30 Uhr, Bel-Etage der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumanstrasse 8

8. - 9. April

Landesmitgliederversammlung des Landesverbandes Berlin im Tempodrom

12. - 13. April:

Tschernobyl 25 - Expeditionen Lesung, Ausstellung, und Internationales Symposium, u.a. mit Renate Künast, Rebecca Harms
Von 17.00 Uhr am 12.4. bis um 21.00 Uhr am 13.4. in der Heinrich-Böll Stiftung, Schumannstrasse 8

16. - 17. April

Landesdelegiertenkonferenz des Landesverbandes Berlin

25. Mai

„Was heißt eigentlich Konservativismus?“ Eine Gesprächsrunde in der Heinrich-Böll-Stiftung, u.a. mit Katrin Göring-Eckhardt
19.00 Uhr, Schumannstrasse 8, Bel-Etage der HBS

5. Juni

Fahrradsternfahrt und Umweltfestival der Grünen Liga am Brandenburger Tor

21. Juni

Vor den Wahlen - eine frauenpolitische Bilanz. Mit den frauenpolitischen SprecherInnen der Parteien **Abgeordnetenhaus**

Impressum: Stachlige Argumente 33. Jahrgang Heft 1/2011 Nr. 181 • Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin
Redaktion (V.i.S.d.P.): Ulrike Bürgel (ub), Oliver Münchhoff (om), Astrid Schmudde (as), Ronald Wenke (rw)
Freie Mitarbeiter_innen: Christine Dörner, Nicole Holtz, Arne Haeger, Ursula Künning, Katrin Langenbein, Holger Michel, Amaro Piñas Müller, André Stephan
Chef vom Dienst: Oliver Münchhoff • Lektorat: Amaro Piñas Müller • Bildredaktion: Stephanie Weyl

Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)
Leserbriefe per e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de • Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden • Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 2. 5. 2011

Satz/Layout: Stephanie Weyl • Druck: Oktoberdruck
Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Die einzelnen Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder und nicht notwendiger Weise der Redaktion

Wind kann viel bewegen. Sogar Ihre E-Mails.

Nutzen Sie eigentlich erneuerbare Energien? Wenn Sie Kunde der Telekom sind, dann tun Sie es. Denn wir setzen in Deutschland ausschließlich Strom aus Windkraft, Wasserkraft und Solarenergie ein. So können Sie telefonieren oder im Internet surfen und gleichzeitig die Umwelt schonen. Das ist Ihnen zu wenig? Dann schauen Sie doch mal, was wir gemeinsam noch erreichen können: www.millionen-fangen-an.de

Erleben, was verbindet.

